

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Gri: Wittinghaus, Berlin.
Telefon: Carl Döbner 4194-4195



Redaktion für Text und Gestaltung:
Berlin O 2 91, Zelle-Wilhelm-Platz 6
Telefon: Carl Döbner

Die Herstellung erfolgt: Göttinger

Die Zeitung ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gedruckt. Abnahme behältlich. Bezugspreis für den Einzelhefter, wenn nicht anders angegeben ist: 10 Pfennig für 5 Hefen à 2 Hefen.

Berlin, den 19. Nov. 1931.

Die Toten des Terrors.

Int. Institut
Soz. Geschlechts
Amsterdam

SPD. In den letzten Jahren lenkte sich am Gedenktag der Toten die Erinnerung auf die Gefallenen des Weltkrieges. Aber unsere Zeit schreitet rasch, so rasch, dass der heutigen Generation das Massenmorden und seine Greuel kaum noch Lehre und Warnung sind. Zwischen die zehn Millionen Toten von damals und die Gegenwart haben sich neue Reihen von Toten eingeschoben: Opfer der sozialen Not, Opfer der Seuchen, Opfer der Arbeitslosigkeit - und nicht zuletzt Opfer des Bürgerkrieges. Ihnen, die unter Dolch und Kugeln terroristischer Mörderbanden sanken, sei heute die Erinnerung geweiht. Mahnen uns die Toten des Weltkrieges, nie wieder ein gleiches Schrecknis über die Menschheit kommen zu lassen, so rufen die Toten des Bürgerkrieges uns zu: "Lasst Ihr Lebenden unser Schicksal Euch eine Warnung dessen sein, was Euch bevorsteht, wenn jemals unsere Mörder zur Herrschaft gelangen sollten!"

Das Blut der Gemeuchelten sei unsere Entgegnung auf die Beschwichtigungsversuche der Gleichmütigen, die uns versichern: es werde schon nicht so schlimm kommen. Wir brauchen nur einen Blick zu werfen auf die wutverzerrten pathologischen Gesichter der Nazi-Agitatoren, auf ihre mündlichen und schriftlichen Ausbrüche, um zu wissen, dass die Spekulation auf Mässigung und Menschlichkeit einer sieghaften Nazi-Soldateska das denkbar Törichteste wäre. Hat nicht Hitler in Person seinen Leuten versprochen, dass am Tage des Sieges in Masse "Köpfe rollen" würden?! Hat nicht ein leibhaftiger Vizepräsident des Reichstages, der Nazi Stöhr, davon geschwärmt, dass bei der Begründung des Dritten Reiches durch Massenerhängungen "die Seilerei einen ungeheuren Aufschwung nehmen" würde?! In Thüringen betet ein Nazi-Agitator, evangelischer Pastor (!) seines Zeichens dass Gott "uns eine gute Hanfernte bescheren möge", und anderwärts verheissen die Agitatoren der Nazis ihren SA-Leuten: "Die Nacht nach dem Siege gehört Euch, sie wird die Nacht der langen Messer sein". Am allerdeutlichsten aber hat der Idee des Massenmordens der Heimkrieger Frick, vor noch garnicht länger Zeit als thüringischer Innenminister berufsmässiger Hüter der Ruhe und Ordnung Ausdruck gegeben: "Der volksfeindliche Marxismus müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Es sei besser, dass bei diesem Prozess einige zehntausend marxistische Funktionäre zu Schaden kämen, als dass das Deutsche Volk an der marxistischen Pest zugrunde gehe."

Die Anhänger aber, aufgestachelt durch diese Hetzereien, haben schon längst mit dem Morden begonnen. Erst jüngst hat die sozialdemokratische Presse eine lange Liste ihrer Mordtaten veröffentlicht. Es sei aus der grossen Zahl nur daran erinnert, wie in der Neujahrsnacht zu Berlin durch hinterlistigen Ueberfall die Reichsbannerleute Graf und Schneider, wie in Hamburg jüngst das kommunistische Bürgerschaftsmitglied Henning durch meuchlerischen Ueberfall ermordet wurden. In beiden Fällen ist die nationalsozialistische Leitung offiziell von den Tätern abgerückt und hat sie faktisch durch Vermittlung der Flucht ins Ausland bzw. durch Stellung nationalsozialistischer Partei-Vertei-

diger unterstützt. Der "Ausschluss" der Täter ist nur ein rein äusserliches Scheinmanöver, damit Hitler weiter die "Legalität der Partei" beschwören kann, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Hat die NSDAP doch auch die Rathenau-Mörder Techow und v. Salomon, die Fememörder Schulz und Heines und andere durch Mordtaten Berühmte nicht nur in ihre Reihen aufgenommen, sondern zu besonderen Ehrenstellen befördert.

Wenn es bei der Abwehr dieses Banditentums auch einmal hin und wieder einem Nationalsozialisten an den Kragen geht, dann erhebt sich ein grosses Geschrei, und die eben noch vom "Köpferollen" schwärmenden Terroristen verwandeln sich in unschuldige Opferlämmer. Aber der übliche Streit, wer "angefangen habe", lässt sich hier durch eine grundsätzliche Erwägung sehr leicht entscheiden. Wenn die Nationalsozialisten das Reichsbanner des Mordens beschuldigen, so ist zu erwidern, dass die Republikaner Gegner des Terrors sind, dass die Demokratie auch dem Gegner Geistesfreiheit und Meinungsfreiheit zubilligt. Die Demokratie ist in ihrer Gesamthaltung antiterroristisch.

Dagegen haben die Faschisten den Terror zum Prinzip erhoben. Ihr oberster Grundsatz ist es, jeden Gegner durch Anwendung der äussersten Gewaltmethoden zum Schweigen zu bringen. Das gilt nicht etwa nur für den italienischen Faschismus. Genau nach dem italienischen Vorbild hat Hitler am 9. November 1923 in München gehaust. In jenen wenigen Stunden, in denen die Hitler-Putschisten über einen Teil der Gewalt verfügten, haben sie die "Münchener Post" zerstört, die sozialdemokratischen Münchener Stadträte verhaftet und diese sowie eine Anzahl bayerischer Minister unter Erschiessungsdrohungen verschleppt. Sicher würden diese Drohungen ausgeführt und noch das Zehnfache an Greueln angerichtet haben wenn ihre Herrschaft auch nur drei Tage gedauert hätte. Die bereits erwähnten Drohungen der Hitler, Stöhr, Frick usw. sind der sichere Beweis, dass sich der Nationalsozialismus seitdem auch nicht um ein Jota gewandelt hat. Wer hat überhaupt mit den politischen Morden angefangen in Deutschland? Wer hat Gareis, Erzberger, Rathenau ermordet, wer die Attentate auf Scheidemann und Harden verübt?

Die Situation ist absolut klar: Die Nationalsozialisten sind die Angriffe weil sie den Terror grundsätzlich bejahen, ihn zur Hauptwaffe ihres Systems erheben, weil sie durch die Mittel des Mordes, der Zerstörung, der körperlichen Misshandlung jede Gegnerschaft gegen ihre Diktatur ausrotten wollen. Die Republikaner sind in der Verteidigung, weil sie den Terror als politische Waffe verwerfen, weil sie die Entscheidung durch freie Willensakte des Volkes herbeiführen wollen, die durch keine Zwangsmassnahmen beeinflusst sind. Wer einmal rückblickend die heutige Zeit betrachten wird, dem wird nur das eine unerklärlich bleiben, warum die Bedrohten nicht fester zusammenstehen. Er wird verständnislos den Kopf schütteln, wenn er registrieren muss, dass in diesen Tagen die "Rote Fahne" wiederholt schreibt: "Der Hauptfeind für die Kommunisten ist die Sozialdemokratie, gegen sie gilt es, den entscheidenden Schlag zu führen". So kann nur ein Irrsinniger oder ein Betrüger handeln angesichts der faschistischen Gefahr. Die Kommunisten sind Betrüger. Ihre Beweisführung beruht auf dem alten Gauklertrick, ungleiche Dinge gleich zu setzen: die Regierung Brüning-Groener ist gleich einer Regierung Hitler-Hugenberg, die Sozialdemokratie ist gleich Brüning-Groener, also ist Sozialdemokratie gleich Faschismus!

Die Ironie des Zufalls will es, dass am gleichen Tag, an dem dies die kommunistische Presse verkündet, ein faschistisches Hetzorgan mit der dicken Balkenzeile erscheint: "SPD gleich KPD!" Nun also, jetzt ist der Ring geschlossen: die Kommunistische Partei ist gleich Faschismus! Leider wird die irrsinnige Gleichung durch dies neue Glied nicht etwa noch falscher, sondern wieder richtiger: durch ihr wahnsinniges Verhalten fördert die Kommunistische Partei tatsächlich den Vormarsch des Faschismus - siehe preussischer Volksentscheid.

Die Toten des Terrors mahnen. Geht der Wahnsinn in der Arbeiterklasse weiter, so werden die bisherigen Toten nur die Vorhut einer noch viel längeren Totenliste sein. Könnten die Toten des Terrors sprechen, sie riefen uns heute zu: "Lasst unser Sterben nicht sinnlos gewesen sein, es gibt nur einen Sinn für unseren Tod: es lebe die Republik!"

SPD. Braunschweig, 19. November (Eig. Dr.)

In Braunschweig gibt es eine Drogisten-Akademie, an der sich auch eine Gruppe nationalsozialistischer Studenten aufgetan hat, die in allen ihren Lebensäußerungen den Universitätsstudenten nachzuäffen versuchen. Sie haben jetzt auch ihren Krach mit dem Direktor.

Das Kuratorium der braunschweigischen Drogisten-Akademie hat diese nationalsozialistische Studentengruppe nicht anerkannt. Die jungen Drogisten haben deshalb im Lichthof der Akademie eine Versammlung veranstaltet, um die Mitglieder des Kuratoriums umzustimmen. Der Vertreter des Ministers Klagges war selbstverständlich für die Anerkennung dieser Nazi-Studentengruppe. Trotzdem lehnten die Mitglieder des Kuratoriums mit 12 gegen 2 Stimmen die Anerkennung ab. Die Studenten pöbelten darauf die Mitglieder des Kuratoriums an und stellten folgende Forderungen auf: volle persönliche und akademische Freiheit, Abschaffung des Schulzwanges, Bildung eines Studentenausschusses, Auflösung des Kuratoriums und Neuwahl der Mitglieder, Absetzung des Vorsitzenden des Kuratoriums und des Deutschen Drogistenverbandes Herrn Walter Neumann-Berlin, Absetzung des Vorsitzenden des Vereins braunschweigischer Drogisten Herrn Durchschlag-Hamburg.

Ein nationalsozialistischer Kreisleiter hielt vor den Studenten eine Rede, in der er folgendes sagte: "Unser Weg geht nunmehr über Herrn Neumann und das Kuratorium in seiner heutigen Zusammensetzung hinweg. Wir haben es im guten versucht, aber wenn es nicht im guten gehen will, so muss und wird es eben im bösen gehen. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Unser Kampf ist beseelt von dem Geist unseres Führers Adolf Hitler und vom Hass gegen die Elemente, die an den Niederungen der Gegenwart schuldig sind. Daher Kampf dem Kuratorium, Kampf allen den Fronten, die schuldig gesprochen sind an dem Elend unseres Volkes." Die Versammlung sang dann das Horst Wessel-Lied. Die Mitglieder des Kuratoriums wurden auch auf der Strasse ausgepiffen. Dagegen wurde der Kreisleiter der Nazis, der diesen Unsinn geredet hatte, von den Studenten auf die Schultern gehoben und durch die Strassen getragen. Wenn die Forderungen nicht erfüllt werden, soll ein achttägiger Hörstreik inszeniert werden.

Die "Braunschweigische Landeszeitung", das Organ der Bürger, gibt diese Rüpeleien voller Freude wieder, ohne auch nur ein Wort des Tadels zu finden. Wenn das sozialistische Studenten getan hätten.....

SPD. Der Wohnungsausschuss des Reichstags trat am Donnerstag zur Beratung des Initiativ-Antrags eines Wohnheimstättengesetzes zusammen.

Der Abg. Tremmel (Ztr) beantragte auf Wunsch der Regierung die Beratung zu vertagen, weil sonst Schwierigkeiten der Hypothekenbanken für den Absatz von Pfandbriefen entstehen würden. Das Reichsarbeitsministerium legte einen Referentenentwurf mit 95 Paragraphen vor, um zu beweisen, dass die Regierung die Absicht habe, die Wohnheimstättenfrage zu fördern. Der Entwurf hat aber bisher weder dem Arbeitsminister noch der Regierung vorgelegen. Er ist also nicht verbindlich.

Der Antrag Tremmel wurde abgelehnt. Es wurde dann in die allgemeine Aussprache eingetreten. Die Wahl eines Ausschussvorsitzenden wurde auf Verlangen der Kommunisten zurückgestellt.

SPD. Stuttgart, 19. November (Eig. Drahtb.)

Das Stuttgarter Polizeipräsidium wendet, wie leider schon häufig festgestellt werden musste, bei der Bekämpfung politischer Ausschreitungen sehr eigenartige Methoden an.

In ganz Deutschland ist die Verbreitung einer Sondernummer der Bundes-

zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit Berichten von Augenzeugen über die Nationalsozialistischen Terrorakte in Braunschweig unbeanstandet vor sich gegangen. Ebenso unbeanstandet blieb überall ein vierseitiges Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in dem die Darstellung der Reichsbannerzeitung übernommen worden war. Dieses Flugblatt wollte jetzt auch die Stuttgarter Organisation der Sozialdemokratie zur Verbreitung bringen. Sie reichte vorschriftsmässig ein Exemplar beim Polizeipräsidium ein, um die vorgeschriebene Genehmigung für die Verteilung zu erlangen. Das Ergebnis war, dass das Stuttgarter Polizeipräsidium das Flugblatt verbot und zwei Kriminalbeamte im Parteisekretariat des Ortsvereins Stuttgart der SPD erschienen, um die "Auflage" auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zu beschlagnahmen. Da eine solche "Auflage" dort noch gar nicht vorhanden war, blieb dieser Versuch, die Wahrheit zu unterdrücken, ergebnislos. U.a. hat das Polizeipräsidium das Flugblatt auch deshalb beanstandet, weil es die Fotografien der beiden von den Hakenkreuzlern bestialisch zugerichteten Arbeiter enthielt.

Wenn das Stuttgarter Polizeipräsidium nicht an der weiteren Anwendung solcher Methoden gehindert wird, so läuft seine Tätigkeit praktisch darauf hinaus den politischen Gegnern der nationalsozialistischen Partei die wahrheitsgemäss Kennzeichnung des Wesens dieser Bewegung unmöglich zu machen und den nationalsozialistischen Bürgerkriegshetzern das Wasser auf die Mühlen zu treiben.

SPD. Neumünster, 19. November (Eig. Dr.)

Der in Neumünster unter dem Verdacht der Ermordung eines SA-Mannes verhaftete Kommunistenführer Weissig hat gestanden, die tödlichen Schüsse abgefeuert zu haben. Weissig ist inzwischen aus der KPD ausgeschlossen worden.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm am Donnerstag seine auf mehrere Wochen berechneten Beratungen wieder auf. Während die Nationalsozialisten sich wie im letzten Winter ihren Pflichten weiter entziehen, kehrten die Deutschnationalen zur Arbeit zurück. Zuerst war nur Herr Laverrenz erschienen, später gesellte sich zu ihm noch Dr. Oberfohren, der junge Mann Hugenbergs. Vom Vorsitzenden Heymann wurde angeregt, anstelle des seit Anfang Februar dem Ausschuss fernbleibenden Nationalsozialisten Reinhardt einen neuen zweiten Vorsitzenden zu wählen. Der Ausschuss wird in einer der nächsten Sitzungen zu der Anregung Stellung nehmen.

Auf den Hinweis des Vorsitzenden, dass er sämtliche formell dem Ausschuss überwiesenen Vorlagen zur Information auf die Tagesordnung gesetzt habe, erwiderte Abg. Keil (Soz), der Ausschuss werde sich ausserdem noch mit wichtigen und dringlichen Fragen beschäftigen müssen, die sich aus den Zeitverhältnissen ergäben. Hier stehe im Vordergrund die Frage der Winterhilfe für das grosse Heer der Erwerbslosen. Auf einen vom Plenum angenommenen sozialdemokratischen Antrag, wonach den Erwerbslosen zusätzlich Kartoffeln und Kohlen geliefert werden sollen, sei bis jetzt vom Reich nichts geschehen, obgleich die zuständigen Minister zu erkennen gegeben hätten, dass sie Massnahmen in der Richtung des Antrages treffen wollten. Die vereinzelt Naturallieferungen von Gemeinde seien völlig unzulänglich. Da der Winter beginne, ertrage die Stellungnahme zu dieser Frage keinen Aufschub. Der Redner schlug deshalb dem Ausschuss folgende Entschliessung vor:

"Der Reichstag hat am 16. Oktober mit grosser Mehrheit beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine zusätzliche Winterhilfe mit Kartoffeln und Kohlen durchzuführen. Mehrfach ist von der Reichsregierung erklärt worden, trotz der grossen Erwerbslosigkeit brauche in diesem Winter bei den grossen Vorräten

an Kartoffeln und Kohlen niemand zu hungern oder zu frieren. Bis jetzt ist jedoch nichts geschehen, um den Beschluss des Reichstages auf zusätzliche Winterhilfe auszuführen. Der Haushaltsausschuss ersucht deshalb seinen Vorsitzenden, nach Rücksprache mit der Reichsregierung die Frage der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung durch eine zusätzliche Winterhilfe anfangs der nächsten Woche auf die Tagesordnung zu setzen."

Ausserdem, so fuhr Abg. Keil fort, werde sich der Ausschuss bald auch ein Bild von der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches verschaffen müssen. Dazu wären auch Mitteilungen der Regierung über das Mass der finanziellen Inanspruchnahme des Reiches durch die Stützungsaktion gegenüber den Banken und über die Bankenkontrolle notwendig.

Abg. Dr. Gericke (Landvolk) bemerkte, dass mit dem Antrag betreffend die Winterhilfe zugleich auch die Deckungsmöglichkeit behandelt werden müsse, worauf Abg. Keil erwidert, das werde geschehen, wenn die sachliche Beratung der Materie erfolge. Zunächst handle es sich nur um einen Antrag zur Tagesordnung. Die Abgeordneten Ersing (Ztr) und Dr. Cremer (DVP) wandten sich gegen den Antrag, der erst behandelt werden könne, wenn man eine genaue Uebersicht über seine finanzielle Auswirkung habe. Abg. Keil (Soz) erwiderte, eine solche Uebersicht werde geboten werden durch die Stellungnahme der Regierung zu der Materie. Torgler (Komm) wünschte, dass der Reichsfinanzminister sofort über die Finanzlage des Reiches berichte. Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, die Regierung sei nur auf die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände vorbereitet, er werde aber das Kabinett über die aufgeworfenen Fragen verständigen und sich seiner Auskunftspflicht dem Ausschuss gegenüber selbstverständlich nicht entziehen.

Die Entschiessung Keil wurde schliesslich mit 14 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 12 Stimmen angenommen. Weiter fand ein Antrag Cremer Annahme, wonach der Vorsitzende sich mit der Regierung über den Zeitpunkt zur Erörterung der finanzpolitischen Lage verständigen soll.

+ + +

Man braucht aus dem Erscheinen der Deutschnationalen im Haushaltsausschuss nicht gerade auf eine Vertiefung der Gegensätze innerhalb der Harzburger Front zu schliessen. Es gab nämlich schon bei den Erklärungen, mit denen die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen am 16. Oktober aus der Reichstagsitzung ausschieden, einen feinen Unterschied. Während Herr Dr. Frick davon sprach, dass seine Freunde "das Haus" verlassen wollten, kündigte Herr Gottheiner im Namen der Gefolgsleute Hugenbergs nur das Verlassen "dieses Saales", d.h. des Plenarsitzungssaales an. Die Herren hatten sich also von vornherein eine Hintertür offengelassen, durch die sie in die Sitzungszimmer der Ausschüsse schlüpfen könnten.

Aber schön ist es von ihnen trotzdem nicht, dass sie sich in dieser Weise von ihren Harzburger Bundesbrüdern trennen und sie bei ihrer grossen Streikaktion im Stich lassen. Allerdings ist der Grund, den der Abg. Oberfohren für ihre Beteiligung an den Arbeiten des Haushaltsausschusses angibt, ausserordentlich triftig. Sie wollen "etwa beabsichtigte" neue Pensionskürzungen von vornherein bekämpfen, und damit nehmen sie nicht nur die Interessen ihrer eigenen engeren Freunde wahr, sondern auch die ihrer draussen gebliebenen Eidgenossen, die, wie man u.a. aus der bekannten Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Sprenger weiss, die Beibehaltung der hohen Pensionen für ein heiliges und unverletzliches Recht der mit ihnen begnadeten Beamten erklären.

SPD. Köln, 19. November (Eig. Drahtb.)

In einer wirtschaftspolitischen Kundgebung der Kölner christlichen Gewerkschaften erklärte der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland Jakob Kaiser bei einer Besprechung der politischen Situation u.a.:

Alle Gutgesinnten müssten mit allen Kräften der Hetze gegen die deutsche Arbeiterschaft Einhalt tun. Die christlichen Gewerkschaften seien wie immer in ihrer Geschichte nicht für eine einseitige Interessenvertretung, sondern zu positiver Arbeit im Dienst des Volksganzen bereit. Wenn es aber hart auf hart kommen sollte, dann müsse man sich darüber klar sein, dass sie auf der Seite ihrer Kollegen von links stehen würden.

Die Kundgebung schloss mit der Annahme einer Entschliessung, in der es heisst, dass die Regierung Brüning nicht rechtzeitig alle Massnahmen zur Erhaltung der Kaufkraft der breiten Massen ergriffen habe. Es wird gefordert, dass mit Lohnkürzungen und neuen Massenentlassungen endlich Schluss gemacht werde.

SPD. Die am Dienstag in Berlin abgehaltene Konferenz der Innenminister der Länder endete mit dem Ersuchen des Reichsinnenministers, den Gang der Verhandlungen vertraulich zu behandeln. Diesem Ersuchen hat niemand der Konferenzteilnehmer widersprochen. Trotzdem hat sich der braunschweigische Nazi-Minister Klagges nicht an dieses Ersuchen gehalten. Er hat einem Reporter des Berliner Nazi-Organs eine Unterredung gewährt, die unter der tendenziösen Balken-Überschrift "Groener gegen die SPD" wiedergegeben wird und in der es der Überschrift entsprechend heisst, dass "das Ergebnis der Konferenz als eine glatte Niederlage der SPD und damit auch Severings anzusehen" ist.

Dieser unwahren Schlussfolgerung fügt das Nazi-Blatt wörtlich folgendes hinzu:

"In der sehr nichtssagenden amtlichen Verlautbarung über das Ergebnis der Konferenz heisst es, dass der Terror bekämpft werden müsse, "von welcher Seite er auch komme". Dieser letzte Passus ist, wie wir aus bester Quelle hören, erst in der Reichskanzlei eingefügt worden, in der offiziellen Mitteilung von Groener hat er dem Vernehmen nach nicht gestanden, da Groener wie gesagt, ganz eindeutig gegen Links gezielt hat, - so peinlich es auch der Journaille sein mag, dies feststellen zu müssen."

Was hier behauptet wird, ist trotz der "besten Quelle", aus der das Nazi-Organ seine Informationen bezogen haben will, von Anfang bis zu Ende unwahr. Weder hat sich der Reichsinnenminister in der Konferenz "eindeutig gegen Links" gewandt, noch ist der Passus des Communiqués "von welcher Seite er auch komme", in der Reichskanzlei eingefügt worden. Er hat von Anfang an in dem amtlichen Communiqué gestanden, das vom Reichsinnenministerium im Einverständnis mit dem Reichsinnenminister verfasst worden ist.

Es entsteht die Frage, ob der Reichsminister des Innern den tendenziösen und unwahren Bericht des Nazi-Blattes über die Länderkonferenz, der zum Teil auf Äusserungen des braunschweigischen Naziministers bzw. auf eine "beste Quelle", die wahrscheinlich mit Herrn Klagges identisch ist, zurückzuführen ist, unwidersprochen lassen will. Es könnte dann schliesslich der Fall eintreten, dass sich auch die übrigen Teilnehmer der Konferenz an die Vertraulichkeit nicht länger gebunden fühlen und das Wort zu ihrer Rechtfertigung nehmen.

Im übrigen aber zeigt der Vorfall wieder einmal wie Nazi-Minister ihr Amt auffassen.

SPD. Paris, 19. November (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Donnerstag-Nachmittag eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, in der die Verhandlungen über die Einberufung und die Vollmachten des Sachverständigenausschusses der BIZ zum Abschluss gebracht wurden. Ueber die kleine stilistische Änderung, die die französische Regierung am Mittwoch an dem Text des Einberufungsschreibens vorgeschlagen hatte, ist völlige Einigkeit erzielt worden. Das Schreiben, das einen Umfang von etwa 2½ Schreibmaschinenseiten hat, wird noch in dieser Woche an die BIZ und die Gläubigerregierungen abgesandt werden.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat am Donnerstag eine Verordnung erlassen, nach der die Veräusserung von Hieb- und Stichwaffen an Personen unter 20 Jahren verboten ist. Zuwiderhandlungen werden schwer bestraft. Eine weitere Verordnung, die ebenfalls der Bekämpfung der Mordhetze dienen soll, wird von dem Preussischen Innenminister in den nächsten Tagen erlassen werden. Danach ist für Redner, die sich bisher besonders als Mordhitzer hervorgetan haben, ein generelles Redeverbot für ganz Preussen zu erwarten.

SPD. Madrid, 19. November (Eig. Drahtb.)
In dem von der spanischen Nationalversammlung angenommenen § 10 des Verfassungsentwurfes wird bestimmt, dass Amnestien nur vom Parlament beschlossen werden können. Nur militärische und politische Vergehen können durch den Staatspräsidenten begnadigt werden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:
Da die allgemeine Finanzlage ebenso wie die Notlage der Junglehrer zu Einschränkungsmaßnahmen auch auf dem Gebiet der Lehrerbildung zwingt, hat die preussische Staatsregierung beschlossen, im Etatsjahr 1932 die Zahl der pädagogischen Akademien von 15 auf 10 herabzusetzen. Demgemäss stellen die pädagogischen Akademien Stettin, Kottbus, Eriurt, Kassel und Altona ihre Tätigkeit ein. Auch bei den aufrechterhaltenen Akademien in Elbing, Frankfurt a. d. Oder, Breslau, Beuthen, Halle, Kiel, Hannover, Dortmund, Bonn und Frankfurt/Main finden im Jahre 1932 Neuaufnahmen nicht statt. Diese Sparmassnahmen lassen Idee und Form der neuen preussischen Lehrerbildung grundsätzlich unberührt.

SPD. Paris, 19. November (Eig. Drahtb.)
Die Völkerbundsratsmitglieder mit Ausnahme des japanischen und chinesischen Delegierten hielten am Donnerstag von 11 bis 1 Uhr wieder eine Besprechung ab. England war in dieser Sitzung durch Lord Cecil vertreten, da Sir John Simon zur Teilnahme an einer Kabinettsitzung für kurze Zeit nach London reisen musste.

Die Beratungen bezogen sich auf die am Mittwoch abgegebenen Erklärungen von Yoshizawa und Sze. Im Anschluss daran wurde vor allem über den Abschluss eines Waffenstillstandes zwischen China und Japan und die Entsendung einer Untersuchungskommission nach der Mandschurei gesprochen. Einige Ratsmitglieder wünschten in der Sitzung Auskunft über die Stellung des General Dawes bei den gegenwärtigen Verhandlungen. Briand erklärte darauf, dass General Dawes im Namen seiner Regierung nur ausserhalb des Rahmens des Völkerbundsrates eine Vermittlerrolle spiele, und dass er an den gemeinsamen Beratungen nur teilnehmen werde, wenn der Kellogg-Pakt angerufen werden sollte. Am Schluss der Beratung wurde vereinbart, dass am Freitag-Vormittag eine neue geschlossene Sitzung abgehalten werden soll.

Die japanische Delegation hat es verstanden, nach aussen hin den Eindruck zu erwecken, als ob sie bereit sei, sich mit der Entsendung einer Untersuchungskommission einverstanden zu erklären. Dieses "Zugeständnis" wird aber dadurch illusorisch, dass die Japaner sich über die Vollmachten dieser Kommission in Schweigen hüllen und ein Vorabkommen über die fünf fundamentalen Punkte der Erklärung vom 26. Oktober verlangen. Botschafter Yoshizawa, der am Donnerstag Nachmittag von Briand empfangen wurde, hat in dieser Angelegenheit eine Note überreicht. Es bleibt nun abzuwarten, welche Haltung die chinesische Delegation zu diesem Vorschlag einwenden wird. Nach einem Schreiben zu urteilen

das der chinesische Vertreter an den Völkerbundsrat gesandt hat und dem eine Erklärung des 4. Kongresses der Kuomintang-Partei beigelegt ist, lehnt die chinesische Regierung jede Verhandlung über die fünf fundamentalen Punkte ab. Es heisst nämlich in dem Schreiben, dass es der chinesischen Regierung aufgrund der Beschlüsse des Kuomintang-Kongresses unmöglich ist, irgend eine Regelung anzunehmen, die unter dem Druck der japanischen Besetzung direkte Verhandlungen mit Japan über die fünf fundamentalen Grundsätze vorsehen würden, weil der fünfte Punkt (Achtung der bestehenden Verträge) nichts mit der Sicherheit der Japaner in China zu tun habe und weil China nicht noch einmal die 21 berühmten Forderungen des Vertrages von 1915 als Vorbedingung für die Einhaltung der Verpflichtungen des Völkerbunds- und des Kellogg-Paktes durch die Japaner unterschreiben wolle oder könne. Wenn also der Rat aufgrund des Artikels 14 des Völkerbundspaktes zu keiner befriedigenden Lösung kommen würde, würde China nicht zögern, sofort andere Artikel des Paktes anzurufen. Das ist vor allem eine Anspielung auf Artikel 15, aufgrund dessen keine Einstimmigkeit für Beschlüsse des Rates erforderlich ist.

Der chinesische Gesandte Sze hatte am Donnerstag-Nachmittag ebenfalls eine Unterredung mit Briand.

SPD. Im Rahmen der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates sind bis Mittwoch Sachverständige aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen gehört worden. Die von den Sachverständigen geäusserten Auffassungen gingen insbesondere in der Lohnfrage weit auseinander. Aber auch von Arbeitgeberseite musste zugegeben werden, dass eine weitere Kaufkraftdrosselung krisenverschärfend wirken müsse, während andererseits die Aussichten, den deutschen Export mit Hilfe einer weiteren Lohnreduzierung zu steigern, angesichts der Vorgänge auf den Weltmärkten, für die u.a. die französischen Einfuhrerschwerungen und der bereits am Montag in Kraft tretende englische Dumpingabwehrtoll charakteristisch sind, gleich Null seien.

Am Donnerstag sind die beiden Ausschüsse, die sich mit der Zins- und mit der Lohn- und Preisfrage zu beschäftigen haben, aufs neue zusammengetreten. Der Abschluss ihrer Arbeiten steht unmittelbar bevor. Die Regierung hofft, dass die Ausschüsse Richtlinien beschliessen, die dem angekündigten Wirtschaftsprogramm zugrunde gelegt werden sollen. Die Aussichten, dass es jedoch zu der erstrebten einheitlichen Formulierung kommen wird, sind äusserst gering.

Im Zinnsausschuss ist man sich darüber einig, dass jeder Eingriff in die Zinsgestaltung mehr Schaden als Nutzen bringen wird. Die entsprechenden Pläne hat man wohl gänzlich fallen gelassen. Hingewiesen wird u.a. auch auf die hoher Zinssätze bei den Kreditinstituten der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Zweifellos steckt in den Zinssätzen, die hier gefordert werden, eine hohe Risikoprämie, die aber in dem Masse steigt, wie eine auf blosser Agitation abgestellte Propaganda eine Entlastung der bankrotten Betriebe ausschliesslich zum Schaden der Gläubiger fordert. Zu erwähnen ist auch das Projekt, eine Aufteilung der grossen Banken, auf die das Reich im Laufe der Kreditkrise während des Sommers Einfluss genommen hat, nach einzelnen Wirtschaftsgebieten durchzuführen. In Frage kommen hier wohl die Dresdener und die Danabank. Man behauptet, man könnte so die Kreditgewährung dieser Banken elastischer gestalten, vergisst aber, dass die Grossbanken gewissermassen Ausgleichsstellen für den Geldverkehr im ganzen Reich darstellen, worauf sie nicht verzichten können. Das ganze Projekt scheint darauf hinauszulaufen, durch eine Dezentralisation den an sich geringen Einfluss des Reiches auszuschalten. Von Seiten der Privatbanken wird gefordert, dass sich die Sparkassen usw. aus dem Kreditgeschäft zurückziehen.

Weit schärfer sind die Gegensätze im Ausschuss für Preis- und Lohnfragen. Allerdings hat die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit die Situation wesentlich geklärt. Dass man Preise und Löhne nicht Zug um Zug abbauen kann,

weil eine solche Aktion zu Lasten der Kaufkraft und der Reallöhne geht, hat man allmählich eingesehen. Man hat auch die Panik, die von der englischen Währungsentwertung ausging, überwunden und gesteht jetzt, dass die Dinge noch allzu sehr im Fluss sind und es verfrüht wäre, so weittragende Konsequenzen wie einen generellen Lohnabbau zu ziehen. Das hindert aber die Arbeitgebervertreter im Lohn- und Preisausschuss nicht, nach wie vor einen generellen Lohnabbau zu verlangen. Man beruft sich dabei auf eine Berechnung, wonach der Lebenshaltungsindex seit 1927 wesentlich gesunken sei, während der Index der Tarifstundenlöhne über dem Stand von 1927 liege. Man kann aber Lebenshaltungskosten und Tarifstundenlöhne nicht vergleichen. Man vergisst auch, dass in den Jahren 1927/28 noch immer die nach der Inflation äusserst tiefliegenden Löhne den steigenden Preise angepasst wurden. Ein Vergleich in der Bewegung der beiden Indices muss also zu ganz falschen Schlüssen führen. Ausserdem hat sich gerade nach 1927 infolge der Rationalisierung die Leistung des deutschen Arbeiters ungemein gesteigert. Selbst wenn die Arbeitgeber den Stand von 1927 als einen ewigen ansehen wollen, so können sie diese Tatsache wohl nicht gut leugnen. Allem Anschein nach wollen es auch die Arbeitgeber mit der Rückführung der Löhne auf den Stand von 1927 nicht bewenden lassen. Es soll auch der Stoss gegen den Lohn tarif und den Tarifgedanken geführt werden. Man hat hier auf ein Projekt des Reichsarbeitsministeriums zurückgegriffen, wonach solche Betriebe, die nachweisen können, dass sie den tariflich vorgesehenen Lohn nicht zahlen können, die Tarifsätze um 20 Prozent unterschreiten dürfen. Das Vorgehen der Unternehmer ist durchaus grundsätzlich zu werten, da nach dem allgemeinen Recht schon die Möglichkeit einer solchen Unterschreitung besteht. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb für den Lohnempfänger ein Ausnahmerecht geschaffen werden soll.

Wenn die Arbeitgeber diese Forderung trotzdem erheben, dann soll eben der Tarifgedanke getroffen werden.

SPD. Paris, 19. November (Eig. Drahtb.)

In der Kammer wurde am Donnerstag-Nachmittag die aussenpolitische Interpellationsdebatte fortgesetzt. Das Haus war nur schwach besetzt und schenkte den Ausführungen der Redner wenig Aufmerksamkeit. Die Regierung war durch Laval und Flandin vertreten.

Der erste Interpellant Abgeordneter Planche, der kürzlich seine Aufnahme in die sozialistische Fraktion beantragt hat, wünschte Auskunft über die Gründe, die die Regierung veranlasst haben die letzten internationalen Verhandlungen auf finanzielle Fragen zu beschränken und nicht auch das Abrüstungsproblem zu erörtern. Der Redner erinnerte daran, dass, während Laval in London und Berlin verhandelte, Kriegsminister Maginot in Frankreich Reden gegen die Abrüstung gehalten habe. Zu gleicher Zeit sei auch das französische Memorandum über die Abrüstung an den Völkerbund abgesandt worden, das alle wahren Pazifisten enttäuscht habe. Das Ergebnis der Washingtoner Verhandlungen inbezug auf die Abrüstung bestehe darin, dass die französische Regierung jetzt überhaupt nicht mehr von der Abrüstung spreche und zu dieser Haltung von einem Teile des Parlaments beglückwünscht werde. Das Verhalten dieser Parlamentarier stehe in vollem Widerspruch zu der Meinung der Volksmassen. Artikel 8 des Völkerbunds-Paktes und eine Stelle des Anhangs 5 zum Versailler Vertrag erlege Frankreich die Verpflichtung auf, seine Rüstungen allmählich auf den Stand der deutschen Rüstungen herabzudrücken, da Deutschland sonst das Recht zur Wiederaufrüstung beanspruchen würde. Statt die Initiative in der Abrüstungsfrage zu ergreifen lehne Frankreich jede Herabsetzung seiner Rüstungen ab und werde daher in der Welt als Störenfried angesehen. (Beifall links.)

Der Sozialrepublikaner Hennessy interpellierte die Regierung über die Beziehungen Frankreichs zu Russland und die Verhandlungen über einen französisch-

russischen Nichtangriffspakt, die, wie der Abgeordnete Bergery am Dienstag behauptet habe, bereits zur Paraphierung des Abkommens geführt hätten. Ein solcher Nichtangriffspakt habe wenig Sinn, da ein Krieg zwischen Frankreich und Russland unwahrscheinlich sei. Er könnte nur dadurch an Bedeutung gewinnen wenn andere Länder, wie z.B. Polen, in ihn einbezogen würden. Darüber müsse das Parlament von der Regierung unterrichtet werden.

Hennessy erregte durch die unbeholfene und oberflächliche Form seiner Rede oft grosse Heiterkeit im Hause.

SPD. Der Antrag der Reichsregierung auf Einberufung des Sonderausschusses bei der BIZ wird im Laufe des Freitag in Basel überreicht werden.

SPD. Rom, 19. November (Eig. Drahtb.)
Der italienische Aussenminister Grandi führte am Donnerstag von Washington aus ein längeres Telephongespräch mit Mussolini über seine Unterredung mit Hoover.

So gross aufgemacht alle Einzelheiten des Besuches in Amerika seit Tagen in der italienischen Presse erscheinen, so wenig lassen sich in den ausführlichen Kabeltelegrammen der Sonderberichterstatter und in den zusammenfassenden Leitartikeln am Donnerstag wirklich greifbare Ergebnisse erkennen. An irgend ein Abkommen, das die Lage in Europa wesentlich beeinflussen könnte, ist nicht zu denken. Auch das für Deutschland wichtige schulden- und Reparations-Problem, für dessen Klärung Grandi in Washington energisch eintreten wollte, scheint seiner Lösung nicht wesentlich nähergekommen zu sein als nach dem Besuch von Laval. U.a. wird in der hiesigen Presse auch hervorgehoben, dass alle diese Fragen, zu denen auch die Abrüstung und das Flottenabkommen mit Frankreich gehören, in den Washingtoner Besprechungen nicht isoliert zwischen Amerika und Italien behandelt werden könnten. Praktische Formeln könnten nur im Einvernehmen mit allen anderen beteiligten Staaten gefunden werden. Trotzdem wird in der halb-offiziösen Presse ein gewisser Optimismus empfohlen, mit dem die Entwicklung all dieser Probleme jetzt nach Abschluss der wichtigen Washingtoner Besprechungen betrachtet werden dürfe.

SPD. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Donnerstag eine kommunistische Malkolonne zu Gefängnisstrafen zwischen 4 Jahren und 3 Monaten. Die Angeklagten hatten am Tage vor dem faschistischen Volksentscheid an der "ausfront eines Kinos in der Nähe des Bülowplatzes eine Inschrift in weisser Farbe angemalt, die folgenden Wortlaut hatte: "Für einen erschossenen Arbeiter fallen zwei Schupo-Offiziere. Der Rote Frontkämpferbund lebt, Rotfront nimmt Rache!" Am Tage darauf wurden die Polizeihauptleute Anlauf und Lemk am Bülowplatz ermordet.

SPD. Essen, 19. November (Eig. Drahtb.)
Als am Donnerstag-Nachmittag ein Kriminalbeamter den vor einiger Zeit aus Gladbeck nach Holland verzogenen Schmuggler Duda in seinem Logis in Essen verhaften wollte, gab dieser 5 Schüsse auf den Beamten ab. Ein Schuss ging durch die Hand, ein zweiter prallte an der Armbanduhr ab, die übrigen gingen fehl. Duda gelang es zu flüchten.

SPD. Am Montag findet zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Sozialdemokratie eine Besprechung über agrarpolitische Fragen und über die Winterhilfe statt.

SPD. Tokio, 19. November (Eig. Drahtb.)

In den Kämpfen zwischen Chinesen und Japanern um Tsitsikar wurden auf japanischer Seite 300 und auf chinesischer Seite 4000 Personen getötet. Die Japaner befinden sich weiter im Vormarsch.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Wie in Aussicht genommen, traten die beiden Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung am Donnerstag-Vormittag und Nachmittag wieder zu Sitzungen in der Reichskanzlei zusammen. Auf Grund der in den letzten Tagen stattgehabten Einzelberatungen zwischen der Reichsregierung und den Ausschussmitgliedern konnten die Beratungen der beiden Ausschüsse bereits abends zu Ende geführt werden. Eine abschliessende Sitzung der beiden Ausschüsse, in der Leitsätze zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung endgültig festgelegt werden sollen, ist für Sonnabend oder Sonntag in Aussicht genommen, der alsdann eine Schlussitzung des Wirtschaftsbeirats unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten voraussichtlich am kommenden Montag folgen wird.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat beschlossen, nunmehr den Antrag auf Einberufung des im Neuen Plan des Haager Abkommens vorgesehenen Beratenden Sonderausschusses zu stellen. Der Antrag wird im Laufe des Freitag der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel und den Regierungen der Gläubigerländer in Form eines Memorandums übergeben werden, das die Ursache und den Zweck des Antrags darlegt. Der Wortlaut des Memorandums wird veröffentlicht werden, sobald es der Bank in Basel und den Gläubigerregierungen übergeben ist.

Der Ausschuss der deutschen Schuldner wird sich gleichzeitig an die an den Stillhalteabkommen beteiligten Ausschüsse der ausländischen Gläubiger wenden und im Hinblick auf den Ablauf des Stillhalteabkommens am 29. Februar 1932 den Beginn alsbaldiger Verhandlungen über eine Neuregelung vorschlagen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Stoffen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die Terrorhetze.

SPD. Während die Partei des Herrn Hitler gegenüber dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung sich als friedliche Partei der anständigen Leute aufspielt, die unter dem Terror ihrer Feinde leidet, setzt sie im Lande ihre terroristische Hetze unentwegt fort. Diese Hetze richtet sich nicht nur gegen die "Marxisten", sondern gegen alle, die nicht vor den Nazis auf dem Bauche rutschen. Hier sind zwei Beispiele aus Bayern, die den friedlichen, loyalen Charakter der Hitlerpartei trefflich illustrieren. Es handelt sich um nationalsozialistische Angriffe gegen die Bayerische Volkspartei.

Im "Kampfblatt des Gau München-Oberbayern der NSDAP" Nr. 16, heisst es über die Bayerische Volkspartei:

"Die Fronten werden immer klarer; wer von Liebe zu Volk und Heimat beseelt ist, wer Ehrlichkeit und Wahrheit über petrugerisches Parteibonzentum stellt, wendet den berufsmässigen Lotengräbern Deutschlands den Rücken und reiht sich ein in die Bewegung Adolf Hitlers. Die übrigen: Dummköpfe, Verbrecher oder notorische Feiglinge wollen wir der Bayer. Volkspartei gerne lassen. Ein nationalsozialistisches Deutschland der Ehre und des fanatischen Befreiungswillens wüsste mit solchen Kreaturen nichts anzufangen."

So schmutzig das ist, so ist es doch noch verhältnismässig milde gegenüber dem, was der Herausgeber des "Uffenheimer Tageblatts" in dem mittelfränkischen Städtchen Uffenheim, ein Parteigänger der Nationalsozialisten, leistete. Er schrieb:

"Protestanten, aufgepasst, das ist "katholische Aktion"! Bei dieser schwarzen Bande, die heute Bayern beherrscht, gibt es nur eines, das Eindrücke bei Ihnen macht, das ist die Massage der harten Römerschädel mit Gummiknütteln oder Ausrufung des Freistaates Franken. Los von römisch Bayern muss die Losung sein. Wir haben es satt, dass unsere sauer verdienten fränkischen Steuer Groschen in den unersättlichen römischen Bettelsack Altbayerns verschwinden."

Kopfmassage mit dem Gummiknüttel ist offenbar ebenso legal und loyal wie Aufforderung zum Separatismus. Man kann derartige Fälle von verbrecherischer Terrorhetze zu Dutzenden beobachten, wenn man nur die Augen offen hält. Wer freilich die Welt nur durch das Medium Hitlerscher Legalitätsbeteuerungen sieht, der glaubt unentwegt an die absolute Unschuld und Friedfertigkeit der Hitlerschen Terrorbanden.

Zum Rundfunkkonflikt.

Die Rundfunkrede des Reichsbannerführers Höltermann lässt die reaktionäre Presse immer noch nicht schlafen. Die Deutschnationalen "Hamburger Nachrichten" geifern darüber: "Solange natürlich der Sozialdemokrat Heilmann im Berliner Rundfunk tonangebend ist, wird man kaum erwarten können, dass die Revolution einmal nicht verherrlicht wird." Im unmittelbaren Anschluss daran sagen sie über Ludwig Frank: "Aber er blieb der einzige sozialdemokratische Führer, der zur Verteidigung des Vaterlandes voranmarschiert ist." Die wackeren "Hamburger Nachrichten" brauchen nicht zu wissen, dass gerade der Sozialdemokrat Heilmann den sie bespucken, mit der öffentlichen Erklärung "Ich gehe zu Hindenburg" sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hat, und sehr bald an der Front verwundet wurde, während Herr Frick in Pirmasens sass und der Herr Rundfunkzensor Scholz sich für in Berlin geleistete Kriegsdienste das Eiserne Kreuz am weissen Bande erwarb.

Der Schulfunk des Westdeutschen Rundfunks veranstaltete in diesen Tagen eine Stunde "Deutsche Geschichte im Spiegel des Volksliedes von 1813 bis heute". Man hörte in dieser Stunde Soldatenlieder und Kriegslieder, die zum Teil längst vergessen sind und nichts anderes. In diesem Jahrhundert deutscher Geschichte ist das Volkslied aufgeblüht in innigster Verbundenheit mit dem Volk. Zu Beginn dieser Zeit haben Achim von Arnim und Brentano das Volkslied in des "Knaben Wunderhorn" wieder erweckt, der Freiheitstraum von 1848 hat eine Reihe von Volksliedern hervorgerufen, die heute noch lebendig sind, der Aufstieg der Arbeiterklasse hat Lieder hervorgebracht, die längst festes Kulturgut des arbeitenden Volkes sind, aber das alles existierte nicht in dieser Veranstaltung. Das Leben des Volkes, seine Denkweise, seine Naivität und sein Streben zum Aufstieg, die Wiederstrahlung seiner geistigen und materiellen Lage im Volkslied, alles das, was wahrer Inhalt der deutschen Volksgeschichte ist, wurde glatt vernachlässigt. Unverantwortlich ist es, das Kriegs- und Soldatenlied ohne weiteres mit dem Volkslied gleichzusetzen und das wirkliche Volkslied vor der Schuljugend totzuschweigen. Noch unverantwortlicher ist es, Schülern im Rundfunk die deutsche Geschichte einzig als Kriegsgeschichte zu zeigen.

Gegen diese Verfälschung der deutschen Geschichte und diese versteckte Kriegspropaganda erhebt sich bei amtlichen Stellen kein Bedenken. Da denkt man nicht an die Verstärkung der Zensur über den Rundfunk. Dort gerät man nur in Erregung, wenn an die wahre Vaterlandsliebe des arbeitenden Volkes erinnert wird, die allerdings mit diesem offiziellen Hurratriotismus der Kriegs- und Soldatenlieder gar nichts zu tun hat!

Hitlers Freunde.

In Südtirol wurden in der Allerseelenwoche die Schulkinder von den Lehrern auf die Friedhöfe geführt, damit sie dort auf italienisch beten sollten. In Kaltern in Südtirol hielt dazu der Amtsbürgermeister, ein Oberst Lanzoni, eine Ansprache, in der er die tiefe Religiosität der Italiener rühmte und dabei verächtlich über die "österreichischen Schweine" sprach. Das "österreichische Schwein", Hitler, wird auch vor dieser neusten Äusserung seiner Freunde auf dem Bauche kriechen.

Geschäft über alles.

Der Hugenberg-Abgeordnete Quatz wurde kürzlich in Salzwedel, als er über "nationale Selbsthilfe" sprach, von einem Versammlungsbesucher gefragt, wie es sich mit nationaler Selbsthilfe vertrage wenn die Blätter des Hugenberg-Konzerns grosse Anzeigen ausländischer Schuhfabrikanten veröffentlichten. Herr Quatz antwortete darauf mit dem klassischen Satz: "Er verstehe nicht, was Hugenberg mit den Inseraten des Scherlverlages zu tun habe. Im Geschäft gebe es Unterschiede nicht." Das Nationale hört also beim Hugenbergkonzern sofort auf, sobald ausländisches Geld im Kasten klingt!

Wo kommen die Stahlhelme her?

Bei grossen Hitleraufmärschen werden in der letzten Zeit Stahlhelme verwendet, obgleich es verboten ist. Wo kommen sie her? Im Hamburger "Tageblatt" erscheint dauernd wiederholt die folgende Anzeige: "Gebrauchte Stahlhelme für Theateraufführung werden sofort zu kaufen gesucht. Zahlen höchste Preise. Eilangebote an..." Da sieht man, wie die Nazis die Stahlhelme aufkaufen. Es bleibt die Frage: wer liefert? Die Militärbehörden sollten sich um dieses Geschäft etwas kümmern!

Aus aller Welt

"Zeuge Böss"

Höhepunkt im Sklarek-Prozess.

SPD. Nur sehr, sehr langsam bewegt sich die zähflüssige, unerfreuliche Materie des Berliner Sklarek-Prozesses den Plädoyers zu. Die Anklageschrift umfasst 5 Bände - aber die Beweisaufnahme hält noch mitten im ersten. Gewiss, der ironisch-überlegene, fast nie aus der Ruhe zu bringende Vorsitzende hält das Heft fest in der Hand, aber das Material der Anklage ist eben doch derart umfangreich und sämtliche Angeklagten verteidigen sich mit solcher Zähigkeit, dass schon längst kein Mensch mehr damit rechnet, dass der Prozess noch in diesem Jahr zuende geht.

Die Donnerstag-Verhandlung trug bei stärkerem Andrang des Publikums einen sensationellen Charakter. Zu Beginn teilte der frühere Direktor der Neuköllner Grosshandels-gesellschaft, Navarra, einige interessante Tatsachen aus der Geschichte der Berliner Kleider-Verwertungs-Gesellschaft mit. Anschliessend ging eines der nachgerade üblich gewordenen Schimpfduelle zwischen Leo Sklarek und dem früheren Stadtbankdirektor Hoffmann vor sich. Leo Sklarek warf Hoffmann die Hose vor, die er ihm gelegentlich eines Alpenballs geschenkt habe - es sei extra fein säuberlich "Grüss Dich Gott" eingestickt gewesen....

Dann wurde der "Zeuge Böss" aufgerufen. Der Name des früheren Oberbürgermeisters Böss ist in der Verhandlung schon öfter genannt worden. In der Ära Böss haben sich die unerfreulichen Zustände in der Berliner Stadtverwaltung entwickelt. Während der Amerikareise des Oberbürgermeisters kam der Sklarek-skandal zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Böss hat sich in zwei unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden Disziplinarverhandlungen, in denen er Rede und Antwort stehen musste, moralisch zu rechtfertigen versucht. Das z.T. stark kritisierte Urteil hat ihm unterstellt, dass er in dem, was er tat, nicht von unlauteren Absichten geleitet war. Trotzdem konnte er von dem Vorwurf der Fahrlässigkeit und der beruflichen Unzulänglichkeit nicht freigesprochen werden. Aber vor dem Berliner Sklarek-Gericht geht es jetzt nicht um die Eventualschuld von Böss. Der Vorsitzende will jetzt vielmehr "klar sehen". Ob er sein Ziel erreicht hat, muss vorläufig dahingestellt bleiben.

Der frühere Oberbürgermeister sieht leidend aus; er macht seine Aussagen mit leiser Stimme. Aggressiven und beleidigend klingenden Fragen versucht er auszuweichen - der Vorsitzende nimmt ihn aber nur wenig in Schutz. Böss erklärt zu den Sklareks habe er nie persönliche Beziehungen unterhalten, er sei mit ihnen niemals gesellschaftlich zusammen gewesen, ebensowenig seine Frau. Max Sklarek habe er bei der KVG kennengelernt (er hielt ihn stets für Willi); der Kunde der KVG sei er aber schon früher gewesen. Er habe im Jahr durchschnittlich zwei Anzüge bei der KVG gekauft, habe aber nicht gewusst, dass die Sachen extra für ihn angefertigt wurden. Die Preise habe er für angemessen gehalten, die Rechnungen wären sehr langsam gekommen, er habe sie aber stets bezahlt. Von den zwanzig Pelzen, die nacheinander ins Rathaus geschickt worden sein sollen, wisse er nichts; als im Sommer 1928 seine Frau selbst ein Pelzjacket bei den Sklareks gekauft habe, sei die Rechnung hierfür erst im Februar 1929 gekommen: über den niedrigen Preis sei er stutzig gewesen und er habe deshalb aus privaten Mitteln 800 Mark einem Berliner Künstler und weitere 200 Mark zwei notleidenden Schwestern seiner Frau überwiesen.

Der Vorsitzende forderte Böss dann auf, sich über das in den letzten Tagen viel erörterte "Spenden-System" bei der Stadt Berlin zu äussern. Es war die Behauptung aufgestellt worden, dass nur diejenigen Firmen mit städtischen Aufträgen bedacht worden seien, die der Stadt für wohltätige Zwecke Gelder guleiteten. Böss bestritt die Existenz solcher Geschäftsgrundsätze. Er sagte weiter, dass er auf den Gedanken gar nicht gekommen wäre, dass sich die Firmen, an die er sich gewandt habe, in dieser Hinsicht beeinflusst fühlen könnten. R.A.Kurtzig: "Ist es richtig, dass Sie mit Israel wegen Spenden verhandelt haben und ist es richtig, dass die Firma Israel sich darüber beschwert hat, dass sie zwar Geldspenden an die Stadt abführen aber keine Aufträge bekommen soll?" Böss: "Richtig, die Firma Israel hat sich beschwert und ich habe daraufhin die Angelegenheit von dem zuständigen Dezernenten nachprüfen lassen." Vorsitzender: "Und wer war der zuständige Dezernent?" Böss: "Stadtrat Gaebel" (Heiterkeit).

Im übrigen benutzt Böss immer wieder die Gelegenheit seiner Zeugenvernehmung zur persönlichen Rechtfertigung gegenüber den in Skandalblättern erhobenen Behauptungen. Es sei gelogen, dass er mehrere Geliebte gehabt habe, für die er bei den Sklareks Pelze gekauft hätte. Es wäre Phantasie, dass er durch Direktor Kieburg ein Segelboot gekauft hätte. Vielmehr habe er sein eigenes Segelboot verkauft und Kieburg hätte ihm dafür einen Käufer besorgt. Es wäre nicht wahr, dass er bei der BAG. für seine Töchter eine Ausstattung im Werte von 80 000 Mark für 2 000 Mark gekauft hätte. Auch die Vorwürfe, die gegen seine Frau erhoben worden wären, seien unwahr und bezeichnend "für die Niederracht der Zeit". Ihr wäre es genau wie ihm nur auf die Linderung der Not angekommen: sie sei in die dunkelsten Keller in den ärmlichsten Vierteln des Berliner Nordens und Ostens gegangen, habe die Kinder aus dem Elend herausgeholt, sei mit ihnen zur KVG gefahren und hätte sie dort einkleiden lassen. Vorsitzender: "Auf wessen Kosten?" Böss: "Auf Kosten der Stadt". Vorsitzender: "Für gute Ware wurde bezahlt und schlechte Ware wurde geliefert...".

Gefälschte Krankengeschichten?

Neue Enthüllungen im Lübecker Aerzte-Prozess - Eine Anweisung zur "Zurückhaltung."

SPD. Lübeck, 19. Nov. (Fig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Sitzung des Calmette-Prozesses sagte die als Zeugin verordnete Mutter des verstorbenen Kindes Hökendorf unter Tränen aus: "Die Hebamme hat meiner Mutter gesagt, ich müsste ein Formular unterschreiben. Wenn sie (die Hebamme) meinem Kinde das Mittel nicht gebe, so mache sie sich strafbar." Die Zeugin bekundete ferner, dass sie Dr. Wiener, den Assistenzarzt von Professor Klotz, am 2. Mai, also zu einer Zeit, wo die Calmette-Schädigung im Lübecker Krankenhaus bereits bekannt war, gefragt habe, ob die Erkrankung ihres Kindes gar mit Calmette zusammenhinge. Dr. Wiener habe nur die Achseln gezuckt.

Auf eine vom Oberstaatsanwalt gestellte Frage musste Dr. Wiener zugeben, dass nach der Sektion des Kindes Schwarz (26. April 30) eine Anweisung ergangen sei, dass die Aerzte sich den Eltern gegenüber Zurückhaltung auferlegen sollten; man habe ihm noch gesagt, dass sich das Calmettemittel zu einem Teil als verunreinigt erwiesen hätte. Professor Much machte dem Zeugen Dr. Wiener den Vorhalt, dass auf einem Krankenblatt des Kindes Neuner die ursprüngliche Diagnose "Calmette-Fütterung, Tuberkulose" nachträglich überklebt oder radiert sei, sodass die Buchstaben zum Teil unleserlich wurden und dass in der Ueberschrift dieses Krankenblattes als Diagnose auffälligerweise etwas anderes stände, nämlich: "Tuberkulose - Calmette?" Oberstaatsanwalt Dr. Lienau: "Herr Dr. Wiener, haben Sie an diesem Krankenblatt radiert oder sonstwie Verände-

rungen gemacht?" Dr. Wiener: "Ich weiss nicht, dass ich in diesem Krankenblatt etwas geändert habe". Noch ist dieser Fall nicht geklärt, noch ist es zweifelhaft, ob hier Krankengeschichten gefälscht worden sind.

Anschliessend wurden drei Lübecker Aerzte vernommen. Sie behaupten, vor dem 26. April 1930 noch keinen Verdacht einer Calmette-Schädigung gehabt zu haben. Ausserdem wurde Dr. Mögling nochmals über die 40 Fälle gehört, die er seinerzeit als Zweifelsfälle bezeichnet hatte, da er auf Grund seiner Untersuchungen und der Anamnese nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schliessen konnte, dass bei der Fütterung virulentes Material vorhanden war. Oberstaatsanwalt Lienau richtete nun an Dr. Mögling die Frage: "Hält Dr. Mögling in diesen Fällen auch heute noch seine Zweifel aufrecht, bei Berücksichtigung dessen, was er in der Zwischenzeit erfahren hat?" Dr. Mögling: "Ich bin ausserstande, diese 40 Fälle allein zu entscheiden. Noch ist es nicht erwiesen, ob alle in Lübeck verausgabten Impfstoffe virulentes Material enthalten haben. Da mir aber die Unterlagen für diese bakteriologische Frage nicht vorliegen, kann ich die an mich gerichtete Frage zurzeit nicht beantworten." Man wird sich also über diese Fälle erst dann ein klares Bild machen können, wenn die bakteriologischen Sachverständigen ihr Gutachten abgegeben haben.

Um die Kautions... Am Donnerstag wurde die Beschwerde der Berliner Staatsanwaltschaft gegen die Haftentlassung des früheren Schultheiss-Generaldirektors Katzenellenbogen der Strafkammer beim Landgericht I in Berlin zugelassen. Die Staatsanwaltschaft hält Katzenellenbogens Kautionsleistung von 100.000 Mark für viel zu gering und erachtet etwa eine halbe Million Mark als angemessen. Der Untersuchungsrichter ist im Gegensatz hierzu der Meinung der Verteidigung, die angesichts der allgemeinen Geldknappheit die aufgebrachte Summe für zureichend hält. Die Entscheidung der Strafkammer steht noch aus.

Das Finanzamt erhebt gegen Katzenellenbogen Ansprüche an Steuergeldern in Höhe von 300.000 Mark. Es soll sich hier nicht um Nachzahlungen auf Grund der jetzt zur Kenntnis der Strafbehörden gelangten Transaktionen handeln, sondern um seit langem rückständige Steuergelder. Vorsorglicher Weise hat das Finanzamt den gesamten Barbesitz der ersten und zweiten Gattin Katzenellenbogens mit Beschlagnahme belegt. Die zweite Ehefrau Katzenellenbogens ist die Schauspielerin Tilla Durieux.

Bluttat ums Erbe. In Lützel bei Koblenz schoss der 39-jährige Kraftfahrer Mergelsberg nach einer heftigen Auseinandersetzung um eine Erbschaft seine Mutter, seinen Bruder und seine Schwägerin nieder und brachte sich selbst in selbstmörderischer Absicht schwere Verletzungen bei. Alle vier Personen wurden ins Krankenhaus überführt; drei schweben in Lebensgefahr.

Hochzeitsfahrt in den Tod. Auf einer Flussbrücke in Helsingfors geriet ein Auto ins Schleudern und stürzte ins Wasser. Die Insassen des Wagens, ein Brautpaar, das zur Trauung in die Kirche fahren wollte, kamen ums Leben.

80.000 Mark veruntreut. Bei der "Vereinigung deutscher Spielwarenhändler in Nürnberg" sind in den Jahren 1924 bis 1930 durch den im Dezember 1930 verstorbenen Direktor Weigelt 80.000 Mark veruntreut worden. Die Verfehlungen kamen erst jetzt bei einer Bücherrevision ans Tageslicht; ob Mittäter vorhanden sind, steht noch nicht fest.

Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof von Eger (Tschechoslowakei) fuhr eine Lokomotive in einen vollbesetzten Personenzug. 19 Reisende wurden zum Teil schwer verletzt. Das Unglück ist auf falsche Weichenstellung zurückzuführen.

Bauernschaftliche Rundschau

Der Tarifkampf der Bauarbeiter.

SPD. Die Bauunternehmer setzen ihren Kampf gegen die tariflich vereinbarten Löhne mit erstaunlicher Hartnäckigkeit fort. Sie entdeckten, weil das besser so in ihren Kram passt, jetzt sogar im Bürgerlichen Gesetzbuch den Satz von dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorbehalt, einen Vertrag nur so lange gelten zu lassen, als die Umstände, unter denen er abgeschlossen ist, weitergelten. Dass es auch so etwas wie ein Tarifvertragsrecht gibt, haben die Herren Bauunternehmer anscheinend schon ganz vergessen. Verträge sind für sie nur schön und gut, wenn sie die Gegenseite binden.

Mit dieser sonderbaren Auffassung haben die Bauunternehmer bis jetzt bei den Tarifämtern nicht viel Glück gehabt. In Halle erklärte sich das Tarifamt nach langer Beratung und heftigen Auseinandersetzungen mit den tarifbruchklüsternden Unternehmern für unzuständig zur Verhandlung über die Lohnfrage. Die Haltung des Tarifamts entsprach dem Geist des Arbeitsvertragsgedankens. Nicht so das Tarifamt für Niederschlesien. Dort forderten die Unternehmer ohne weiteres einen Abbau des Lohnes für Facharbeiter um 26 bis 41% und für Tiefbauarbeiter um 20 bis 35%, d.h. auf 38 Pfennige. Das Tarifamt Niederschlesien hat, nachdem die Arbeiterbeisitzer unter Protest gegen seine unmögliche Haltung die Sitzung verlassen hatten, tatsächlich den Einbruch in das Tarifrecht vorgenommen. Es fällte einen Schiedsspruch, wonach die Löhne über 1 Mark um 11 Pfennige und die unter 1 Mark um 10 Pfennige abgebaut werden sollen. Das Tarifamt Oberschlesien, wo die Unternehmer einen Lohnabbau von 24 bis 30% und eine Senkung der Lehrlingsentschädigung um 33 1/3% durchdrücken wollten, kam zu keinem Ergebnis, sondern vertagte die Verhandlungen, weil die Arbeitervertreter die Zuständigkeit des Tarifamts anzweifeln und gegen einen etwaigen Spruch sofort Berufung einzulegen drohten. Der Tarifamtsvorsitzende für die Grenzmark (Schneidmühl), wo die Unternehmer einen Abbau der Löhne zum Teil bis zu 40% beantragten - das würde im Effekt einen Bauarbeiterlohn von 33 Pfennigen pro Stunde in der dritten Lohnstufe bedeuten - war vernünftig genug, diese verrückten Anträge als undiskutierbar zu bezeichnen. Da keine Einigung zustande kam, erklärte der Vorsitzende, dass die bisherigen Löhne weiter gelten. In Brandenburg verliefen die Verhandlungen in ähnlicher Weise. Im Rheinland haben die Bauarbeiter-Verbände beim Tarifamt in Köln beantragt, mit Rückwirkung vom 11. November ab die Löhne um 20% für Facharbeiter und um 18% für Tiefbauarbeiter zu kürzen. Das bedeutet, für die Tiefbauarbeiter der niedrigsten Lohnklasse eine Senkung des Lohnes auf 48 Pfennige pro Stunde.

Die Unternehmer des Baugewerbes versuchen also unter Anwendung aller Mittel zunächst zu Verhandlungen zu kommen und über Verträge zu beraten, die sie durch ihre eigene Unterschrift als rechtgültig anerkannt haben. Sie stellen geradezu phantastische neue Lohnabbauforderungen, obwohl die Sinnlosigkeit des Lohnabbaus offen zutage liegt. Die Bauarbeiterlöhne sind längst gesunken. Hat deshalb die Bautätigkeit zugenommen? Im Gegenteil: sie ging noch weiter zurück. Vom Reichsarbeitsminister ist in der Frage des Lohnabbaus keine Hilfe zu erwarten. Hat es Zweck, an ihn die dringliche Forderung zu richten, endlich einmal einen wirksamen Schritt für einen Schutz des Tarifrechtes zu tun? Sollen die geltenden Tarifverträge zusammen mit den Löhnen ins Bodenlose rutschen?

SPD. Der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie, der eine nur kurze Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens vorsieht, ist vom Schlichter am Donnerstag für verbindlich erklärt worden.

Das neue Abkommen kann mit 14-tägiger Frist erstmalig zum 13. Dezember gekündigt werden.

SPD. Die Parteiverhandlungen im Buchdruckgewerbe zwecks Abschluss eines neuen Lohnabkommens sind gescheitert. Der Unternehmerverband verlangt eine Kürzung des tariflichen Spitzenlohns der Buchdrucker von 55 auf 46 Mark oder um 16,36%. Er will also einen Abbau auf den Stand des Jahres 1925. Der Buchdruckerverband fordert eine Verlängerung der Geltung des Lohn tariffs bis Ende September 1932.

Die Schlichterkammer entschied, die Verhandlungen bis zum 28. November auszusetzen, um Klarheit darüber zu schaffen, ob für das Vervielfältigungsgewerbe, in das auch das Buchdruckgewerbe eingeschlossen ist, eine Arbeitszeitverkürzung erfolgen soll.

SPD. Die Funktionäre und Vertrauensleute der westsächsischen Textilarbeitererschaft haben in Dresden auf einer für das gesamte Tarifgebiet einberufenen Konferenz zu dem vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch Stellung genommen. In heftigster Empörung wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Schiedsspruch unsozial, ungerecht und in seinen Auswirkungen geradezu verheerend sei. Die öffentliche Meinung in Sachsen sei entrüstet über diesen Schiedsspruch. Als besonders befremdend wurde der Umstand hervorgehoben, dass die Begründung des Schiedsspruches ihren Hauptstützpunkt im Mehrstuhl-System suche, in dem bereits seit Monaten ein tarifloser Zustand bestehe. Die Konferenz gab ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, wie ein derartiger Fehler dem Ministerium bei einer so wichtigen Entscheidung unterlaufen konnte.

Einstimmig wurde beschlossen, den Schiedsspruch sofort zum zunächst zulässigen Termin aufzukündigen und somit den verantwortlichen Stellen Gelegenheit zu geben, begangenes Unrecht wieder gutzumachen.

SPD. In Düsseldorf fand am Mittwoch die vierte ordentliche Bezirkskonferenz des ADGB Rheinland-Westfalen-Lippe statt. Bezirksleiter Böckler beleuchtete in seinem Tätigkeitsbericht scharf die Haltung des Reichsarbeitsministeriums auf dem Gebiet der Sozialversicherung und des Tarifwesens. Er verlangte, dass die Regierung endlich dem Gerede über die Preissenkung ein Ende mache, entweder durch entsprechende Massnahmen oder durch das Eingeständnis ihrer Ohnmacht. Scharfe Kritik übte Böckler auch an der durch parteipolitische und weltanschauliche Gesichtspunkte bedingten Bestellung des Präsidenten des Landesamts Rheinland sowie an dessen Geschäftsführung, die sich infolge ihrer bedingungslos zentrierten Einstellung einer dauernden Verletzung der freigewerkschaftlichen Interessen schuldig mache.

Direktor Bachem von der Arbeiterbank sprach über die Ursachen der Wirtschaftskrise. Er betonte, die Haltung der Finanzminister im Reich und in den Ländern in der Lohnfrage so unbegreiflich; denn der Lohnabbau bedeute infolge der ständigen Einkommens- und daher Steuerminderung eine Verewigung des Defizits. Die Reichsreform könne erhebliche Ersparungen bringen, ebenso eine Monopolisierung mancher Konsumgüterindustrien, deren Gewinne jetzt ins Ausland fließen. Die vordringlichste Aufgabe sei jedoch nach wie vor die Lösung der Reparationsfrage durch eine Verständigung mit Frankreich.

Die Forderungen und Aufgaben der Gewerkschaften nach den Beschlüssen des Frankfurter Gewerkschaftskongresses behandelte Ernst Schulze vom Bundes-vorstand des ADGB.

In einer Entschliessung unterstrich die Bezirkskonferenz die gegenwärtig besonders dringlichen Gewerkschaftsforderungen: Schluss mit dem Lohnabbau, Einführung der Vierzigstundenwoche, Abwehr der Aushöhlung des Tarifrechts, organisatorische Zusammenfassung der Erwerbslosen und rücksichtsloser Kampf gegen alle Zersplitterungsbestrebungen in der deutschen Arbeiterbewegung.

SPD. Für die Textilindustrie des München-Gladbacher Bezirks ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Lohnkürzung von 4,2% vorsieht; für den Bezirk Kassel erfolgte ein Spruch mit rund 3% Abbau und für die sächsisch-thüringischen Webereien ein Lohnkürzungsspruch von 6,5%.

Für das Münsterland schweben augenblicklich neue Lohnverhandlungen. Am Sonnabend wird für Krefeld verhandelt, am kommenden Dienstag für Ostsachsen in Leipzig - abermals mit dem Schlichter Hauschild - und für die nordbayerische Textilindustrie in Nürnberg.

Der Arbeitgeberverband der südbayerischen Textilindustrie beschloss, ab 6. Dezember Löhne anzuordnen, die 16% unter den jetzigen Sätzen liegen.

SPD. Im Lohnkonflikt der Klöcknerwerke in Troisdorf bei Köln hatte im Laufe der Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss in Köln der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Wirtz erklärt: "Den Klöcknerwerken geht es schlecht. Das kann ich am besten beurteilen, weil ich im Besitz von Aktien der Klöcknerwerke bin." Die Gewerkschaften erklären deshalb den Vorsitzenden für befangen.

Die Belegschaft fordert eine Ungültigerklärung des für sie bei den Verhandlungen gefällten untragbaren Schiedsspruchs.

SPD. Für die Stettiner Metallindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der für die Zeit bis zum 15. Januar eine Lohnsenkung von 5,6 bis 7 Prozent vorsieht. Die Mehrzahl der Metallarbeiter ist bei einem Durchschnittslohn von 84 Pfennig in Kurzarbeit beschäftigt.

Im Lohnstreit der württembergischen Metallindustrie kam es zu einer Einigung. Die Mindestlöhne werden um 5 Pfennig und die Akkorde im gleichen Verhältnis abgebaut. Laufzeit bis zum 31. Januar.

SPD. Die Partei-verhandlungen im Lohn- und Arbeitszeitstreit der Eisenindustrie Nord-West verliefen ergebnislos. Die Unternehmer forderten Senkung des Facharbeiterlohns von 79 auf 70 Pfennige und des Hilfsarbeiterlohns von 63 auf 55. Diese Lohnsenkung schaffe den Stundenlohnstand von 1926/27. Damals habe der Reichsindex zwischen 138 und 145 geschwankt, während er heute nur 133 betrage und die Rohstahlproduktion von 1 200 000 auf 600 000 Tonnen gesunken sei. 45 000 Mann würden über Bedarf beschäftigt. Schematische Arbeitszeitkürzung zwinge zu einer Entlastung von 15 bis 20 % der Belegschaft. - Die Gewerkschaften lehnten jede Lohnsenkung ab. Sie verlangen 48 Stunden Arbeitszeit für die Hütten und 40 Stunden für die Weiterverarbeitung sowie Beseitigung der Sonntagsarbeit. - Die Schlichtungsverhandlungen dürften Donnerstag, den 26. November stattfinden.



Lohnabbau und Subventionen.

Von unserm rheinisch-westfälischen Mitarbeiter.

SPD. Essen, 19. November (Eig. Ber.)

Um Mitte November ist den Bergarbeitern auf allen Schachtanlagen mit 14-tägiger Frist gekündigt worden. Den krankfeiernden Bergleuten hat man sogar die Kündigung durch die Post zugeschickt. Das soll eine "vorsorgliche" Massnahme sein für den Fall, dass der Tarifvertrag bis Ende dieses Monats nicht zustande kommt. Man will freie Hand haben, um Löhne und Gedinge willkürlich festzusetzen.

Mögen die Dinge sich entwickeln wie sie wollen; nur glauben darf man nicht, dass sich die Arbeiterschaft die Willkürherrschaft der Grubenverwaltungen gefallen lassen wird. Ein Aufruf der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften wenige Tage vor dem 1. Dezember, dem kritischen Tag, wird genügen, um auf sämtlichen Schachtanlagen im Ruhrbezirk das Zustandekommen neuer verschlechterter Arbeitsverträge zu verhindern.

Das ist den Arbeitgebern bekannt. Der letzte Grund für die Kündigung des Lohn tariffs liegt deshalb auf anderem, auf politischem Gebiet. Man weiss, dass prominente Industrielle im Ruhrbergbau seit einiger Zeit recht enge Tüchführung mit der Nationalsozialistischen Partei genommen haben. In Essen redete der Nationalsozialist Dr. Feder über das, was man Wirtschaftsprogramm der nationalsozialistischen Partei nennt und im Industrieklub, wo der Mensch erst beim Generaldirektor anfängt und in dem Stahlkönige und Zechenbarone verkehren, hält man Vorträge über die nationalsozialistische Partei. Arrangeur ist Dr. Brandt, Bergwerksdirektor und Vorsitzender des Zechenverbandes. In den Köfen dieser Leute malt sich die Welt recht eigentümlich. Die Einführung des sogenannten Krümpersystems im Bergbau wird abgelehnt. Nach dem Ausspruch eines Arbeitgebervertreters darf man in der jetzigen Zeit durch Neueinstellung von erwerbslosen Bergleuten nicht den Anschein erwecken, als wenn es besser ginge. Man kann anscheinend keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt gebrauchen. Das könnte bestimmte Pläne durchkreuzen.

Auf dieser Linie liegt auch die Kündigung des Lohn tariffs, die unmittelbar erfolgt ist, nachdem man erst zum Abschluss eines Lohn tariffs gekommen war. Ab Oktober 1931 sind die Löhne der Bergarbeiter in allen deutschen Steinkohlenrevieren um 7 Prozent gekürzt worden. Das macht, auf die Lohnsumme des zweiten Vierteljahres 1931 berechnet, monatlich für Niedersachsen rund 59 000 Mark, für Niederschlesien rund 193 000 Mark, für den Steinkohlenbergbau des sächsischen Freistaates etwa 200 000 Mark, für Oberschlesien 384 000 Mark und für das Aachener Revier über 304 000 Mark aus, für den Ruhrbergbau aber die runde Summe von 3 Millionen Mark. Die Lohnkürzung von 7 % bedeutet für den gesamten Steinkohlenbergbau eine jährliche Einsparung in Höhe von 50 Millionen Mark. Am 1. Januar 1931 ist aber bereits eine Lohnreduzierung von 6 % eingetreten. Die Gesamteinsparung dürfte sich damit auf 100 Millionen Mark berechnen. Was das für die Kaufkraft von 350 000 Bergarbeitern bedeutet, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Dabei steigt die Leistung pro Mann und Schicht. Setzt man den Förderanteil der bergmännischen Belegschaft im Jahre 1913 = 100, so ist er bis zum August 1931 im Ruhrrevier auf

160 gestiegen, im Aachener Revier auf 130, in Oberschlesien auf 140 und in Niederschlesien auf 136. Diese Steigerung bedeutet aber, dass der Lohnanteil je Mann und Tonne Kohle fortwährend sinkt. Der Lohnanteil liegt gegenwärtig unter Friedensstand. Der Lohnanteil machte im Ruhrbergbau im Jahre 1913 beispielsweise 5,94 Mark aus. Bis August 1931 war er auf 5,56 Mark gefallen. Berücksichtigt man die am 1. Oktober in Kraft getretene Lohnkürzung von 7 %, so sinkt der Lohnanteil auf 5,20 Mark. Dabei bleiben die weiteren Leistungssteigerungen, die sich ohne Zweifel auch nach dem Monat August vollzogen haben, unberücksichtigt. Ähnlich dürfte es wohl auch in anderen Revieren liegen. Der Lohnanteil hat sich im Laufe der letzten Monate fortwährend verringert. Die Entwicklung beweist, dass man den hohen Selbstkosten im Bergbau von der Lohnseite her nicht beikommen kann. Die Löhne haben sich als ein äusserst elastischer Teil in den Selbstkosten erwiesen und sind nach unten gegangen, bereits auf einen Stand gesunken, der nicht mehr unterschritten werden kann. Demgegenüber sind die anderen Selbstkosten, von der Kapitalseite her, zu unelastisch, viel zu hoch. Gegen diese Auswirkungen versagt jede Entlastung.

Aufgrund der Notverordnung von Ende September 1931 haben die Arbeitgeber sämtlicher Steinkohlenreviere einen Beitragserlass in Höhe von 3,25 % für die Erwerbslosenversicherung bekommen. Das macht für das Ruhrrevier etwa 1,298 Millionen Mark aus, für Aachen, immer pro Monat, fast 132 000 Mark, für Oberschlesien über 165 000 Mark, für Niederschlesien 83 000 Mark und für Niedersachsen immerhin 23 500 Mark. Berücksichtigt man das bei den Lohnkürzungen, so ergibt sich, dass der Steinkohlenbergbau im ganzen Reich seit dem 1. Oktober 1931 um 6 Millionen Mark entlastet worden ist. Eine Preissenkung für Kohle ist aber nicht vorgenommen worden. Der ganze Betrag verbleibt den Werken. Es handelt sich um eine regelrechte Subvention. Aber man hat nicht genug. Man hat den Lohntarif abermals gekündigt. Man will den Gegensatz, man will den Kampf im Revier!

SPD. Der Fischereitrust (Nordsee, Deutsche Hochseefischerei, Bremen-Cuxhaven A.-G.), der im Vorjahr noch eine Dividende in Höhe von 14 Prozent verteilte, bleibt für das verflossene Geschäftsjahr ohne Dividende. Dafür zeigen sich starke Anspannungen in der Bilanz. Das Unternehmen arbeitet mit rund 20 Millionen Mark Aktienkapital. In der Bilanz werden aber Gläubiger in Höhe von über 17 Millionen Mark ausgewiesen. Davon entfallen 11,7 Millionen Mark auf Bankschulden. Man hat im Fischereitrust den Fehler der verflossenen Konjunkturjahre mitgemacht, der darin besteht, dass man grosse Erweiterungen mit Hilfe kurzfristiger Kredite durchführte. Die Kredite sind verbaut. Es ist der Nordsee jedoch nicht gelungen, sie in langfristige Anleihen umzuwandeln.

Allerdings gelang es, einen grösseren Einfluss auf die Preisgestaltung zu erhalten und die Preise zu "stabilisieren" d.h. überhöht zu halten. Wovon die Hausfrau einen Begriff erhält, wenn sie Seefisch kauft. Tatsächlich verfügt der Fischereitrust heute über die Hälfte der deutschen Treibnetz-Heringsfischereiflotte. Zu diesem Zweck hat man weitere Fischereigesellschaften aufgekauft, was sicherlich eine Stange Geld gekostet hat. Darüber hinaus wurden neue Dampfer, auch Neubauten, in Dienst gestellt, Fühlung mit Fischverwertungsgesellschaften (Fischmehl) genommen und das Verkaufsnetz erweitert. Finanziell wirkt sich das so aus, dass das Unternehmen mit starken Schulden belastet ist und die Aufwendungen für Zinsen von rund 140 000 Mark im Vorjahr auf fast 750 000 Mark gestiegen sind. Der Bruttogewinn hat sich gegenüber dem Vorjahr, etwa 7 Millionen Mark gegenüber 7,45 Millionen Mark, nur wenig verringert. Aber man muss grosse Abschreibungen vornehmen. Im vorigen Jahr kam man noch mit etwa 1,64 Millionen Mark aus, in diesem Jahr müssen an Abschreibungen 8,48

Millionen Mark aufgewendet werden. Um die Abschreibungen und Zinsen zu zahlen, musste der Vorjahrsvortrag von fast einer halben Million Mark zu erheblichem Teil herangezogen werden. Der Gewinnvortrag verringert sich dadurch auf 80 000 Mark.

SPD. Die Serie der Bankzusammenbrüche ist um einen neuen schweren Fall bereichert. Am Donnerstag hat die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, die über ein Kapital von 2 Millionen Mark verfügt, ihre Schalter geschlossen. Die Reichsregierung hat die erforderlichen Massnahmen ergriffen, um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Es ist beabsichtigt, die Abwicklung durch die Dresdner Bank vornehmen zu lassen. Die Reichsregierung wird zu diesem Zweck der Dresdner Bank eine Summe zur Verfügung stellen, um mit ihrer Hilfe mit den Gläubigern der zusammengebrochenen Bank ein Abkommen über die Art der Abwicklung herbeizuführen.

Soweit die amtliche Mitteilung über diesen neuen Bankzusammenbruch. Der Fall hat insofern einen besonderen politischen Anstrich, weil der Vorsitzende des Aufsichtsrates der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Ladendorff ist, der zugleich den Vorsitz in der preussischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei führt. Ausserdem befindet sich im Aufsichtsrat der bekannte Direktor des Berliner Pfandbriefamtes Levisseur. Der von der Reichsregierung eingesetzte Bankkommissar, Ministerialdirektor Ernst, erklärt zu den Vorgängen bei der Bank für Handel und Grundbesitz, dass die Entwicklung dieses Instituts in den letzten Jahren durchaus ungesund war. Ursprünglich eine Genossenschaft wurde die Bank 1924 in eine Aktiengesellschaft mit zwei Millionen Mark Kapital umgewandelt; die Reserven betragen jetzt 1 Million Mark. Ohne dass eine Erhöhung des Aktienkapitals erfolgt wäre, steigerte sich die Bilanzsumme der Bank von 1924 bis 1930 von 4,9 auf 91,4 Millionen. Durch eine marktschreierische Propaganda konnte die Bank ihre Kundenzahl im letzten Jahr bis auf 36 000 gegen nur 954 Kunden im Jahre 1924 erhöhen.

Die tieferen Ursachen zu dieser Pleite liegen in der Darlehn- und Aufsaugpolitik, die das Institut betrieben hat. So wurden kurz hintereinander die Mitteldeutsche Boden A.-G. in Greiz sowie die Deutsche Realkredit A.G. in Dessau und die Majorität der Howag Versicherungsgesellschaften erworben. Die grösste Verlustquelle beruht darauf, dass auf schlechte Hypotheken Grundstücke erworben wurden, die gar keine oder nur sehr unzureichende Verzinsung gebracht haben.

Die Angelegenheit hat aber auch einen ausgesprochen kriminellen Charakter. Nach den bisherigen Ermittlungen liegen glatte Bilanzfälschungen vor. So sind in der Bilanz für 1930 die Forderungen mit 62 Millionen ausgewiesen, wovon unter Grundstücke (!!) mit einem Buchwert von 25 Millionen eingesetzt sind. Auch Beteiligungen sind unter den Aussenständen verbucht worden. Damit nicht genug sind von diesen Aussenständen etwa 10 Millionen Mark als uneinbringlich anzusehen. Die Gesamtpassiven belaufen sich zurzeit auf 62 Millionen Einlagen und 12 - 14 Millionen Lombardverpflichtungen.

Bei der grossen Zahl von 36 000 Kunden wird dieser Fall natürlich wieder viel Staub aufwirbeln. Das ist umso bedauerlicher, weil sich gerade in letzter Zeit das Vertrauen des Publikums gebessert hat.

SPD. Der Schutzverband der Brikettgrossisten im Bereich des ostelbisch Braunkohlensyndikats hat eine typische Eingabe an den Reichstag gerichtet. Es handelt sich wieder mal um den Kohlenmagnaten Petschek, der aus der Tschechoslowakei stammt.

Petschek ist eine Zufallsfigur, hinter der nur bestimmte Mängel unserer

privaten Wirtschaft stecken. Er hat im Laufe der Jahre wertvollen Braunkohlenbesitz erworben und beherrscht die beiden Braunkohlensyndikate, das ostelbische und das mitteldeutsche Syndikat. Zwischen Gruben und Konsumenten schieben sich Grosshandelsgesellschaften. Ihre Tätigkeit besteht darin, dass sie die Verkäufe gewissermassen registrieren und - sie erheblich verteuern. Die Braunkohle könnte um ein bedeutendes billiger sein, wenn diese Grosshandelsgesellschaften nicht wären. Diese Grosshandelsgesellschaften werden von Petschek beherrscht. Aus ihnen zieht er seine Riesengewinne. Gegen die Gewinne hat der selbständige Kohलगrosshandel selbstverständlich nichts einzuwenden, sondern nur dagegen, dass er sie nicht erhält und dass er durch die Petschek'schen Grosshandelsgesellschaften immer mehr und mehr ausgeschaltet wird. Es ergibt sich also ein bestimmtes Ausbeutungssystem, bei dem der selbständige Kohलगrosshandel schlecht wegkommt. Daraus erklärt sich die oben erwähnte Eingabe des Schutzverbandes an den Reichstag.

Es wird darin gesagt, dass das Petschek'sche Machtstreben nach wie vor in die Richtung geht, weite Kreise des selbständigen Handels auszuschalten, oder sie zum abhängigen Handel (siehe, was wir oben über die Petschek'schen Grosshandelsgesellschaften gesagt haben. Red.) zu degradieren. Die gemeinwirtschaftlich geregelte deutsche Kohlenwirtschaft stehe unter staatsgefährlichem Einfluss eines Ausländers. Der Schutzverband erhebt dann bestimmte Forderungen; u.a. verlangt er, dass der selbständige Grosshandel ebenso beliefert wird wie die Petschek'schen Gesellschaften. Ferner sollen Reichsbank und Reichspost ihren Brennstoff von keinem Unternehmen beziehen, das unter mittelbarem oder unmittelbarem Einfluss Petscheks steht.

Dass endlich etwas gegen die Vertuierung der Braunkohle getan wird und zwar möglichst schnell und dass man dabei an den Petschek'schen Grosshandelsgesellschaften nicht vorbei gehen kann, ist selbstverständlich. Die Sozialdemokratie erhebt diese Forderung schon seit Jahren. Im Reichswirtschaftsministerium und in den Organen der Kohlenwirtschaft hat man den Fall Petschek schon häufig debattiert. Man hat auch vernünftige Vorschläge gemacht, um die Mängel abzustellen. Diese Vorschläge sind aber nie durchgeführt worden und man kann nur sagen, sie sind nur deshalb nicht durchgeführt worden, weil die bürgerlichen Parteien, gerade die Rechtsparteien, zu denen sicherlich die Angehörigen des Schutzverbandes der Brikettgrossisten zählen, es verstanden, ein wirksames Vorgehen gegen die Petschek'schen Grosshandelsgesellschaften zu unterbinden. Petschek hat auch zu danken gewusst. Gelegentlich der letzten Wahlen wurde die Behauptung aufgestellt, dass Petschek den Rechtsparteien, auch den Nationalsozialisten und dem Stahlhelm, grössere Summen zugeführt hat. Die Behauptung ist von Petschek niemals dementiert und bestritten worden. Sie beruht also auf Wahrheit. Wenn jetzt der Mittelstand, der doch sicherlich stark nach rechts tendiert, gegen Petschek Sturm läuft und Reichshilfe gegen den "Ausländer" verlangt, dann ist das schon mehr eine Groteske.

Ueberhaupt ist es interessant, wie Petschek in der deutschen Braunkohle zu seiner gegenwärtigen "Machtposition" gekommen ist. Zu dieser Machtposition Petscheks gehört vor allem der Braunkohlenkonzern Ilse. Er ist gewissermassen die Petschek'sche Schlüsselstellung in der ostelbischen Braunkohle. Diese Schlüsselstellung ist vor nicht allzu langer Zeit Petschek durch einen Mann in die Hand gespielt worden - Aktienaufkäufe über holländische Banken -, der in der nationalsozialistischen Bewegung eine besondere Rolle spielt, nämlich durch den Generaldirektor der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhart. Wir halten es für notwendig, angesichts der neuen Petschekdebatte an diese Dinge zu erinnern.

Roggen 200 Mark.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Nov.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag recht feste Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen für Weizen um 1 Mark, für Roggen um ca. 2 Mark höher, gingen jedoch im Verlaufe der Börse weiter in die Höhe, sodass sich zum Schluss für Roggen Preisgewinne von 3 bis 4 Mark ergaben. Im Handel mit effektiver Ware blieb das Angebot namentlich in Roggen weiter sehr knapp. Da die Mühlen gute Kauflust zeigten, zogen hier die Preise um etwa 2 Mark an, während Weizen bei gleichfalls kleinem Angebot unverändert notiert wurde. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Bewegung. Die Käufer hielten sich zurück. Für Roggenmehl wurden teilweise etwas höhere Forderungen gestellt. Für Hafer war die Stimmung freundlicher. Man beurteilt die Exportmöglichkeiten günstiger, sodass sich auch hier die Preise um etwa 3 Mark verbessern konnten. Im übrigen herrschte eine ziemlich nervöse Stimmung infolge der neuen Notverordnung in der Osthilfe, da man von dem vorgesehenen Moratorium für Landwirte grosse Erschwerungen des Getreidehandels befürchtet.

	17. Nov.	19. Nov.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	225 - 228	225 - 228
Roggen	197 - 199	199 - 201
Braugerste	166 - 175	166 - 175
Futter- und Industriergerste	162 - 165	162 - 165
Hafer	28,50 - 32,50	28,50 - 32,50
Weizenmehl	28,50 - 29,25	27,15 - 29,50
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,15 - 29,50
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Deze, ber 240 - 241 (Vortag 239), März 250 (248 $\frac{1}{2}$). Roggen Dezember 209-210 (207). März 215 - 217 (213). Hafer Dezember 163-163 $\frac{1}{2}$ (159 $\frac{1}{2}$), März 172 $\frac{1}{2}$ - 173 (169 $\frac{1}{2}$).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 19. November. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 14,50, über 60 gr 13,75, über 53 gr 12,25, über 48 gr 10,75, frische Eier über 53 gr 11,75, aussortierte kleine und Schmutzeier: 7-8. B. Auslandseier: Dänen 18er 13,75, 17er 13,25, Rumänen 7,75-10,50, Russen normale 9,25 - 9,50, Polen normale 8 - 8,50, abweichende 8 - 8,50, kleine Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7,50. C. In- und ausländische Kühlhaus-eier: extra gross 11-11,50, grosse 9,75 - 10,50, normale 6,50 - 7,50. D. Kalk-eier: Grosse 8,25, normale 6,25-6,75. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe. Tendenz: etwas freundlicher.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 19. Nov. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 114, II. 104, abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 88.

Berlin, den 19. November 1931.

Zeitgemässes Gebrauchsgerät.*

SPD. Wir haben es doch eigentlich gut, wir modernen, grosstädtischen Hausfrauen! Alle paar Wochen gibt es da und dort eine Ausstellung mit Vorträgen, vielleicht sogar mit Lichtbildern oder Filmvorführungen, und alle wetteifern, um uns zu belehren, uns gute Ratschläge zu geben, wie wir kochen und unsre Wohnung einrichten, wie wir sitzen und liegen, den Tisch decken, das Haus instandhalten und unsre Freizeit einteilen sollen. Soweit wären wir also recht zufrieden - wenn nur nicht gerade im entscheidenden Punkte der immer schmaler und magerer werdende Geldbeutel uns daran hinderte, einen grossen Teil dieser guten Winke in die Praxis umzusetzen!

Das sind ungefähr die Gedanken, die einem durch den Kopf gehen, wenn man die im Lichthof des ehemaligen Kunstgewerbemuseums eröffnete Berliner Ausstellung "Das zeitgemässe Gebrauchsgerät" überblickt. Eine sehr schön und geschmackvoll angeordnete Schau von Tischgeschirr, Porzellan, Glas, Steingut, von Lampen, Uhren, Bestecken, alles in schlichter, zweckmässiger Ausführung - sicherlich wird sich hier manches lernen lassen, auch wenn man in der heutige Zeit die Mittel nicht aufbringen kann, sich diese zarten, weissen Porzellanteller, die hübschen Puddingformen aus unzerbrechlichem Glas oder gar eine dieser für das Auge so angenehmen schattenlosen Lampen anzuschaffen. Aber gleich an einem der ersten Tische stutzt man: An sämtlichen ausgestellten Gegenstände hängen kleine weisse Zettel, oder eine nummerierte Liste liegt auf, auf der geheimnisvolle Zahlen zu lesen sind. Hier dieses Besteck zum Beispiel.... Man reibt sich die Augen.

"Fräulein, sehe ich richtig? Kostet diese Gabel wirklich nur 14 Pfennig?"

Das junge Mädchen, das zur Beaufsichtigung der Ausstellungsgegenstände bestimmt ist, lacht: "Danach bin ich heute wohl schon 20 mal gefragt worden. Ja, das stimmt, 14 Pfennig die Gabel, etwas grössere 16 Pfennig und der Esslöffel hier 22 Pfennig. Sie bestehen aus einer Zinnlegierung, die mit nicht rostendem Stahl überzogen ist. Dort das Messer aus nicht rostendem Stahl mit Ebenholzgriff kostet 95 Pfennig."

Ein verheissungsvoller Anfang - sämtliche Besucher scheinen darin einer Meinung zu sein, denn überall sieht man vergnügte Gesichter.

"Das ist mal vernünftig, dass gleich der Preis ausgezeichnet ist!"

"Mutti, sieh doch bloss diese wunderschöne Obstschale - kostet bloss 90 Pfennig!"

"Mensch, det is was for meine Olle - det schenk ik ihr zu Weihnachten; da bin ik rein raus!"

Auch das sorgenvollste Hausfrauengesicht muss sich in einer solchen Ausstellung aufhellen. Denn hier ist wirklich eine Auswahl nicht nur schön, einfach und praktisch geformter, sondern auch billiger Gebrauchsgegenstände, die sich bis zum teuersten und besten steigern, vorhanden. Da sind Tassen und Teller, Tablett, Eierbecher, Zuckerdosen, Kannen aus Festellan, einem Werkstoff, den die AEG aus Kunstharz und einigen Füllstoffen wie Holzmehl und Asbestmehl verarbeitet hat. Infolge der spiegelglatten Oberfläche sind die Gegenstände sehr leicht zu reinigen. Sie sind geruchlos, hygienisch einwandfrei, haben ein sehr leichtes Gewicht, und - hört es und freut Euch, ihr Hausfrauen, Köchinnen und dienstbaren Geister! - Ihr könnt sie knuffen und puffen nach Her-

zenslust, sie zu Boden fallen lassen, mit ihnen Fangball spielen, alles, was Ihr wollt: sie sind unzerbrechlich!

Dort wieder gibt es Gegenstände aus feuerfestem Glas, Puddingformen, Schüsseln, Pfannen, Töpfe, durchsichtig, praktisch und haltbar, leicht zu reinigen, und die Hersteller machen sich ein Vergnügen daraus, die schönsten Rezeptbücher mit Preislisten und Bildern kostenlos zu versenden! Und hier ist eine völlige Neuheit: eine Teekanne aus feuerfestem Glas, für die kein Tee-Ei mehr nötig ist, und eine kleine Kaffeemaschine (Preis 6,25 M), die praktisch, sauber und zweckmässig ist und dabei doch geschmackvoll wirkt. Wundervolles Porzellan gibt es in weissen und gelben Tönungen, ohne jede Verzierung, ohne Blumenmuster und Schnörkel, Vasen und Schalen ohne Rillen, ohne Verengung, alles mit glatten schlichten, einfachen Linien, zweckmässig und zugleich schön, einfach im Gebrauch und erschwinglich in der Anschaffung. Steingut in eigenartigster, kunstvollster Verarbeitung: Teebüchsen, Gewürzdosen, Service in zart bläulichen, gelben, rötlichen Tönungen, ja, sogar in Verarbeitungen von schwarz: Es ist ein ungetrübter Genuss, diese Schau, deren Gegenstände in allen einschlägigen Geschäften zu kaufen sind, im einzelnen zu betrachten. Unwikkürlich atmet man auf: Wir sind doch weiter gekommen im letzten Jahrzehnt, auch auf dem Gebiete des einfachsten Haushalts! Die Zeit der unwahren, kitschigen, verschnörkelten Gegenstände, der dick aufgetragenen Blumenmuster geht zu Ende! Im modernen Haushalt gibt es kein protziges "wie Kristall ausschauendes" Pressglas, sondern ein einfaches, schön geformtes, glattliniges Glas, das nicht mehr scheinen will, als es ist.

Aber nicht nur die Hausfrauen, - auch Ihr, arme, geplagte Junggesellen männlichen und weiblichen Geschlechts habt Freunde und Helfer in der modernen Industrie gefunden. Nicht mehr wie früher habt Ihr es nötig, Euch beim trüben Licht einer auf das Sparkonto der Lichtrechnung besorgten Wirtin die Augen zu verderben. An jede Wand, an jede Tür anschraubbare Lampen sind erfunden worden, die Euch in jede Zimmerecke hin begleiten. Ihr könnt sie hinaufziehen bis zur Decke und wieder herunter bis zum Fussboden. Der Schirm ist verstellbar nach allen Himmelsrichtungen, und der Arm dieser Wunderlampe, die 21 Mark kostet, hält nur einen Vergleich mit dem Arm der Gerechtigkeit aus in seiner enormen Reichweite, die den Sünder bis in alle dunklen Winkel hin verfolgt... Aber ruck-zuck, eine Armbewegung, ein Ziehen, und der Raum ist völlig frei: Friedlich, unscheinbar, unauffällig lehnt die neue Lampe an der Zimmerwand. - Und zum Schluss ein Trost für alle diejenigen, deren Taschenuhr die letzten Monats-tage auf dem Versatzamte zu verträumen pflegt: Es gibt billige, praktische, schöne Uhren, zum Tragen, zum Aufstellen, zum Aufhängen, vom kleinen David bis zum Riesen Goliath, mit nellem Zifferblatt und rabenschwarzen, grossen, deutlichen Ziffern, und man braucht Morgens beim Erwachen nicht mehr wie bisher die Augen tellergross aufzureissen, um zu erkennen, dass man sich wieder mal gründlich verschlafen hat. Es genügt ein leises Blinzeln.

Das zeitgemässe, praktische, geschmackvolle, billige Gebrauchsgerät - in diesen neusten Typen hinterlässt es zweifellos durchweg erfreuliche Eindrücke, das Gefühl, dass Technik und Industrie endlich mit der Aufgabe begonnen haben, die wir immer schon als ihren Hauptzweck ersehnt haben: dem Menschen das Leben leichter, angenehmer, inhaltvoller zu machen! Sicherlich werden diese Gebrauchsgeräte die Kauflust aller derer, die kaufen können, in erheblichem Masse anregen, denn gerade in unsrer Zeit bedürfen wir ganz besonders der Erleichterungen, die uns den grauen Alltag erträglicher, heller und lebenswerter gestalten können.

Dr. Else Möbus.

Kleine Begegnung.^x

SPD. Eine raue Kälte war heraufgekommen. Die Luft war von jener gläsernen Klarheit, wie sie nur die Herbsttage haben. Auf den Wegen des Parks lag braunes, rotes und gelbes Laub. Wenige Bäume nur trugen noch Blätter; die meisten standen mit kahlen, dunklen Ästen müde und entlaubt da. Auf den abgegrenzten Rasenflächen waren Frauen damit beschäftigt, das herabgefallene und vom Winde verwehte Laub mit Rechen zusammenzukehren und in grossen Haufen an den Wegrändern aufzuschichten.

Anna kam auf dem Nebenwege, an der Taxushecke mit den steinernen Putten entlang, und wollte nach Hause. Unter dem Arme trug sie ein zusammengelegtes Tuch. Sie hatte fertige Arbeit abgeliefert und keine neue mehr dafür bekommen. Das Geschäft ging schlecht. Der Meister hatte bereits den grössten Teil der Heimarbeiterinnen entlassen und nur wenige, zuverlässige, behalten. Aber auch für die paar reichte die Arbeit oftmals nicht aus. Morgen sollte Anna wieder nachfragen, der Meister hoffte, einen grösseren Auftrag zu bekommen; vielleicht war morgen wieder zu tun.

Langsam ging Anna über die blätterverwehten Wege. Sie grübelte nach. Was hatte sie bis jetzt in dieser Woche verdient? Sie rechnete - - zwölf Mark und zwanzig Pfennige. Der heutige Tag fiel aus; morgen war die Lohnwoche zu Ende; also blieb es bei dieser Summe. Zwölf Mark - das war wenig. Und doch musste sie noch froh sein, dass sie wenigstens so viel verdient hatte. Gewiss - sie hatte dafür an zwei Tagen bis in die nacht hinein genäht; es war ein Schandgeld, das für das Dutzend Schürzen bezahlt wurde - aber es waren immerhin zwölf Mark. Was sollten sie wohl anfangen, wenn sie mit Karls Wohlfahrtsunterstützung allein ausreichen müssten? Ob das überhaupt jemals wieder anders wurde? Ob Karl noch einmal Arbeit fand? - Die Frau zuckte, wie als Antwort auf ihre eigene Frage, hilflos die Schultern. - Wohl kaum. Es waren ja so unendlich viele, die warteten, die auf Beschäftigung hofften - Jüngere, Kräftigere, Gewandtere und Karl, ihr Mann, war nun auch schon über die Fünfzig hinaus. Und einer der Kräftigsten war er nie gewesen.

Ach! - Anna seufzte und setzte sich auf eine Bank. Wenn er wenigstens ein paar Wochen arbeiten könnte - nur ein paar Wochen! Wäsche, Schuhe, Mäntel - alles ging entzwei, und sie konnten sich nichts Neues kaufen. Karl hatte immer nur wenig verdient, und da die Unterstützung nach dem Verdienst berechnet wurde, war es eine lächerlich geringe Summe, die er wöchentlich ausbezahlt bekam. Auch mit ihrem Verdienst zusammen reichte es immer nur zum Notwendigsten. Und wer weiss, wie lange sie noch zu nähen bekam. Wenn die Verhältnisse sich weiter zu verschlechterten, würde es auch damit bald vorbei sein. -

Eine Frau kam den Weg entlang. Sie machte einen zufriedenen Eindruck und sah mit ihrem vollen, wohlgenährten Gesichte selbstsicher vor sich hin. Als sie an der Bank vorbei kam, warf sie einen Blick auf die dort Sitzende. Dann blieb sie überrascht stehen. "Anna - - ?" sagte sie. Es klang zögernd und ungewiss.

Die angesprochene hob den Kopf. Einen Augenblick sah sie die Fragerin verständnislos an. Dann stand sie hastig auf. "Martha - - bist du es wirklich?"

Die beiden Frauen reichten sich die Hände. Dann gingen sie langsam nebeneinander weiter. Sie sprachen miteinander - das, was Menschen, die sich nach langen Jahren zufällig treffen, miteinander zu sprechen wissen. Von ihrer Schulzeit, von dem Dorfe, in dem sie beide aufgewachsen waren, bis sie das Leben getrennt und hierher in die Stadt geführt hatte; sie sprachen von gemeinsamen Bekannten - - "...erinnerst du dich noch...?" - bis Martha die erste persönliche Frage stellte: "Und wie geht es dir jetzt?"

Anna verstummte. Eine leichte Röte stieg ihr ins Gesicht, bis unter die Haare, die schon völlig ergraut waren, während die ihrer Jugendgefährtin noch ihr volles, kräftiges Braun hatten. "Wie es mir geht? - Ach, Martha, wie soll

es mir wohl gehen? Wie es so vielen geht! Damals, als wir uns verheirateten, schien alles klar - Karl verdiente - wenn auch nicht viel, aber doch immer so, dass es für uns reichte. Dann hatten wir die beiden Jungens - der eine, der Älteste, ist im vorigen Jahre gestorben - der Kleine lernt im nächsten Frühjahr aus - und Karl, mein Mann, ist seit zwei Jahren arbeitslos - - - "

Sie schwieg. Dann setzte sie leise hinzu: "Ich helfe, so gut es eben geht. Ich nähe - Schürzen - aber es ist jetzt so wenig zu tun. Heute habe ich auch wieder nichts mitbekommen."

Die andere nickte. "Ja ja, es sind schlimme Zeiten. Ich kann mich ja allerdings nicht beklagen. Mir geht es so, dass ich sehr zufrieden sein kann." In ihrer Stimme klang jene Mischung von Mitleid und Ueberlegenheit, wie sie die Schilderung fremder Not bei Bessergestellten so leicht auslöst. "Ich kann mich wirklich nicht beklagen", wiederholte sie. "Mein Mann ist mir leider vor fünf Jahren gestorben, aber er hat so viel hinterlassen, dass ich sorgenfrei leben kann. Er hatte eine gute Stellung als Vertreter; wir konnten ein schönes Stück Geld beiseite legen. Jetzt habe ich mein Geld auf der Bank" - sie nannte den Namen einer bekannten Genossenschaftsbank - "und hole mir jeden Monat so viel, wie ich brauche." Sie sah ihre Jugendgefährtin an und blieb stehen. "Ich stelle es mir schrecklich vor, so zu leben wie du", sagte sie. "Ich glaube, ich brächte es nicht fertig. Aber wir haben ja, Gottseidank, vorgesorgt, dass ich es nicht nötig habe - - - " Sie reichte Anna die Hand. "Ich fahre von hier aus mit der Strassenbahn. Ich bin mit meiner Freundin verabredet; wir wollen zusammen zur Modenschau gehen. Auf Wiedersehen! Lass dir's gut gehen! Hoffentlich findet dein Mann bald wieder Arbeit - - - "

Anna ging weiter. Als sie fast bei ihrer Wohnung angelangt war, lief ein Zeitungsverkäufer an ihr vorbei. Er rief das Mittagsblatt aus: "Zusammenbruch der X-Bank! - Tausende von Sparern ruiniert! - Der Direktor geflüchtet!" - - Es war der Name der Bank, von der Martha vorhin gesprochen hatte.

Anna blieb einen Augenblick erschrocken stehen. "Martha," dachte sie - "dann ist ihr Geld ja auch verloren! Was wird sie nun anfangen?" - Sie kniff die Lippen zusammen. Einen Augenblick flog etwas wie Schadenfreude in ihr hoch, als sie an die Selbstsicherheit und teilnahmslose Ueberheblichkeit dachte, mit der jene zu ihr gesprochen hatte. Doch gleich darauf versank dieses Gefühl wieder in den Abgrund eigener Not und Bedrücktheit, den sie in sich trug.

Müde betrat sie das Haus und stieg die Treppe hinauf. -

Walter Schirmeier.

Mutterschutz.^x

SPD. Else John war nicht mehr jung, als sie ihren Mann heiratete, bald 30 Jahre, und nun sind sie schon drei Jahre zusammen. Sie sind zufrieden miteinander; sie brauchen sich, wie man das tägliche Brot braucht, die Luft zum Atmen. Sie wissen, dass sie zusammengehören und einer mit dem andern trägt, was zu tragen ist. Das ist nicht wenig heute, wo der Alltag den armen Menschen viel aufbürdet an Kampf, an Not, an Widerwärtigkeit und Härte. Aber sie klagen nicht; sie wissen, dass sie es noch viel besser haben als sehr viele andere um sie herum. Franz wird in seiner Stellung als Buchhalter zwar miserabel bezahlt; aber bis jetzt hat er sie doch wenigstens noch, und es scheint auch, als ob der Chef noch garnicht ans Abbauen denkt, denn irgendjemanden braucht er ja schliesslich zu den Büchern. Und Else ist auch noch immer ninter ihrer Schreibmaschine, seit ihrem 15. Lebensjahre.

Als sie heirateten, da gab's gar keine Wahl, ob sie die Stellung aufgeben sollte oder nicht. Von seinem Gehalt konnten sie bestimmt nicht leben; die Hälfte von ihrem musste sie beitragen, und der Rest ging für die Abzahlung drauf; Wohnküche und Schlafstube; mehr sollte es ja garnicht sein; aber auch

das hat Arbeit und Zeit gekostet, bis es nun wirklich ihr eigen war. Und als sie glücklich mit der Abzahlung fertig waren, kam die grosse Abbauwelle und riss beiden Gehältern so viel weg, dass sie alles zusammenwerfen mussten, wenn sie einigermaßen durchkommen wollten. Immerhin reichte es; manchmal sogar konnten sie sich einen "Luxus" leisten, Besuch im Kino, in der Volksbühnen, deren Abonnement man bisher durchgehalten hatte.

Und doch empfand Else, dass ihre Rechnung mit dem Leben nicht stimmte. Ach, ja, sie war sich ganz klar über das, was ihr fehlte; es war das Kind. Hatte sie sich nicht immer ein Kind gewünscht, schon als ganz junges Mädlein, da sie selbst noch alle Dinge mit den Augen eines wissbegierigen Kindes ansah, dem die Welt ein einziges grosses Erlebnis war? Und nun war sie 33 Jahre alt geworden; der tägliche Kampf hatte sie etwas müde gemacht; die Dinge um sie waren abgeblasster geworden; sie konnte sich nicht mehr so freuen wie früher, und es packte sie die Angst, dass das so weiter gehen könnte, dass alles immer farbloser würde, immer gleichgültiger, dass das Leben, das Erleben ihr entgleiten könnte. Da brannte der Wunsch nach dem Kinde in ihr, so stark und so rücksichtslos, dass darüber alle Vernunft in die Brüche ging. Nur die Angst war noch stärker, dass sie bald zu alt sein würde, dass es zu spät werden könnte. Und ihr Mann? Ach Gott, er verstand ja die Frau so gut, und dann - war er nicht selbst schon immer ein Kindernarr gewesen? Aber er war bedächtig. Er überlegte und fragte: Können wir denn die Verantwortung auf uns nehmen für ein Kind? Weisst Du auch, wie wir es grossziehen werden. Doch die Frau war so besessen von ihrem Wunsche, dass alle Bedenken verstummen mussten. "Du bist kräftig, und ich arbeite ja jetzt schon, und dann werd' ich eben noch mehr schaffen. Was an "Luxus" noch ist bei uns, das wird kassiert, und wenn ich im Geschäft bin, dann kommt Mutter und passt auf. Du wirst sehen, es wird schon alles gut werden."

Und nun war's so weit. Frau Else war schon im 5. Monat. Im Kontor merkte es ihr bis jetzt niemand an; sie arbeitete unverdrossen wie immer, wenn es ihr auch manchmal verdammt schwer fiel, Sie war so müde, und essen konnte sie auch nicht richtig, weil ihr immer wieder übel wurde. Die Fahrt ins Büro und nach Hause in der überfüllten Bahn war ein Martyrium. Aber sie hielt durch, kämpfte mit zusammengebissenen Zähnen; sie wusste ja, was auf dem Spiele stand, wenn sie mit ihrer Arbeit nachliess.

Die Tage vergingen. Allmählich sah man Else an, dass sie guter Hoffnung war. Der Chef sagte nichts, tat jedenfalls, als ob er nichts merkte.

Nun waren es nur noch einige Wochen, bis Elses schwere Stunde kam; aber gerade das letzte Stück war bei ihr das schwerste. Was ihr in den ganzen Monaten noch nicht passiert war - in der Elektrischen wurde sie ohnmächtig und kam zu spät ins Geschäft. Und hier war ihr so wirr im Kopfe, tanzten die Buchstaben so wild vor ihr, dass sie nicht weiter dem Diktat folgen konnte. Sie musste sich entschuldigen und nach Hause gehen. Als sich nach ein paar Tagen die gleiche Sache wiederholte, da fing der Chef an zu reden. "Ja, sehen Sie, Frau John, ich weiss ja, dass Sie sich sehr zusammenreissen, und ich habe auch allen Respekt vor Ihnen (vielleicht dachte er in diesem Augenblick an seine eigene Frau, die während ihrer Schwangerschaft das ganze Haus rebellisch gemacht hatte mit ihren Launen und mit ihrer Angst) - aber ich kann Sie beim besten Willen nicht halten. Ich brauche jemanden, der voll leistungsfähig ist." - Ja, ja, das wusste Else selber, dass der Mensch "voll leistungsfähig" sein musste, um mit der Maschine zu kämpfen. Es war ja nur die Schreibmaschine, aber sie war der Riese, der Tag für Tag, Stunde für Stunde an den Kräften zehrte, sie allmählich aufbrauchte, bis eine neue Kraft eingesetzt werden musste. Das war das allgemeine Los des Arbeiters; aber gerade ihr durfte das jetzt nicht passieren. Was sollte denn werden aus ihr, aus ihrem Manne und - dem Kinde, wenn sie jetzt plötzlich ihre Stellung verlor, wo sie in ihrem Zustande sich nicht einmal nach etwas anderm umsehen konnte? - Aber die Maschine, war die nicht anspruchsvoll, forderte sie nicht eine neue Kraft, und musste sich der Chef dem Diktat nicht fügen? Frau Else fühlte sich so schwach, so elend: nur jetzt

sich lang legen können, an nichts mehr denken, nur raus hier aus dieser Luft, sie die beengte!

Als sie dann zu Hause war und ihr Mann von der Arbeit kam, war sie schon wieder so gefasst, dass sie ihm alles erzählen konnte. Und doch hatte sie solche Angst vor diesem Augenblick: Vorwürfe würde er ihr ja nicht machen. Aber die versorgten Augen und das gezwungene Lächeln, das sie darüber hinwegtäuschen sollte, das fürchtete sie mehr noch als alles andere.

Aber was wahr das? Franz blieb ganz gleichgültig, sog weiter erst mal an seiner Pfeife und sagte dann: "Das ist schon ein rechtes Kreuz mit Euch Frauen. Ihr lasst Euch zu leicht ins Bockshorn jagen, weil Ihr Euch zu wenig um Eure gesetzlichen Rechte kümmert. Da ist beispielsweise das Mutterschutzgesetz, das so oft übertreten wird wie kaum ein anderes Gesetz. Warum? Weil Eure Chefs an seiner Befolgung nicht interessiert sind. Und Ihr wisst eben nichts davon und könnt Euch daher nicht darauf berufen. - Aber nun hab' ich Dich genug abgekanzelt und will Dir jetzt sagen, was los ist. Also 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung darf keiner Frau die Stellung gekündigt werden. Kündigt der Chef dennoch, so hat die gekündigte Frau natürlich Anspruch auf das volle Gehalt für die 12 Wochen und dann noch darüber hinaus für die Tage zwischen der Kündigung und der Entlassung. Wenn die Frauen von diesem Rechte nur Gebrauch machen würden, dann würden sich die Chefs es sich schon überlegen, die Kündigung auszusprechen. Die Frauen, die nicht entlassen werden, haben im übrigen 6 Monate lang nach der Entbindung das Recht, täglich eine Stillpause zu fordern; sie können auch eine Arbeit über 8 Stunden ablehnen. Also ganz so wehrlos seid Ihr werdenden Mütter denn doch nicht. Ihr müsst nur von Euern Rechten beizeiten Gebrauch machen. Selbstverständlich gilt der eben besprochene Schutz des Gesetzes nicht allein der ehelichen, sondern in gleichem Umfang auch der unehelichen Mutter. Leider hat es sich sehr oft gezeigt, dass gerade die unverheirateten Mütter in Rechtsfragen besonders unerfahren sind und deshalb häufig um das Recht, das ihnen nach dem Mutterschutzgesetz zusteht, gebracht werden. Daher tut Aufklärung bitter not." Tardy.

Ein vorbildliches Frauenleben.^x

SPD. Der 70. Geburtstag der Züricher Verlagsdirektorin Verena Conzett am 29. November verdient das Gedenken aller Sozialdemokraten weit über die Schweizer Grenzen hinaus.

Verena Conzett, geb. Knecht, die Tochter eines armen Fabrikaufsehers, die schon mit zwölf Jahren in die Fabrik gehen musste, um das kärgliche Einkommen der Familie vermehren zu helfen, arbeitete sich aus eigenen Kräften so weit herauf, dass sie einen guten Posten in der bekannten Seidenfabrik Henneberg erhielt. Ihr frisches, kluges Wesen gewann ihr die Liebe des sozialdemokratischen Redakteurs Conzett. In der sehr glücklichen Ehe mit ihm erweiterte sich ihr Gesichtskreis rasch. Es war die Zeit des Sozialistengesetzes. Alle bekannten Führer der deutschen Sozialdemokratie fanden sich damals in Zürich ein und fanden gastliche Aufnahme im Hause Conzett. Verena erlebte den Internationalen Sozialistenkongress und war auch selbst eifrig in der sozialdemokratischen Partei tätig.

In einem Anfall von Schwermut machte Conzett seinem Leben selbst ein Ende. Er hätte viel Undank erfahren, und grosse finanzielle Sorgen hatten ihn bedröhrt. Seine Witwe stand schwer getroffen an seiner Bahre mit zwei unmündigen Söhnen. Aber sie war eine kluge und tatkräftige Frau. So übernahm sie die verschuldete Druckerei ihres Mannes, um sein Andenken rein zu erhalten. Mit Hilfe treuer Freunde ging es aufwärts. Heute ist der Verlag Conzett und Huber weithin geachtet, und über 300 Arbeiter sind dort beschäftigt. Frau Conzett gehörte eine

Zeitlang dem Bundesvorstande des Schweizerischen Arbeiterbundes an und arbeitete für die Rechte der Frauen bei der Kranken- und Unfallversicherung. Die inzwischen herangewachsenen Söhne traten in das Geschäft ein. Da kam der Weltkrieg, und bei der Grenzwehr erkrankten beide Söhne am Typhus und starben rasch nacheinander. Die tapfere Frau überwand auch diesen Schlag. Heute arbeitet sie für ihre Enkel, besonders ihren Liebling, das nach der Grossmutter benannte Vreneli. In ihrem schönen Hause in Kilchberg finden viele Menschen Freundschaft, Trost und Hilfe. Eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen in Zürich, vor allem das grossartige Mütterheim "Der Inselhof", wurden von ihr gegründet. Im letzten Jahre wurden im "Inselhof" 419 Kinder zur Welt gebracht. Aufnahme finden hier sowohl verheiratete wie unverheiratete Mütter. Die unverheirateten können 8 Wochen in dem Heim bleiben. Jede Mutter wird "Frau" genannt, ob sie nun verheiratet oder ledig ist. Auch für die mehr als 300 Arbeiter und Angestellten ihres Verlags und ebenso für die Abonnenten ihrer Zeitschrift "In freien Stunden", die deutsch und französisch erscheint und ein in der ganzen Schweiz beliebtes Familienblatt ist, sorgt Frau Conzett in grosszügiger Weise. Das ganze Jahr über wird für bedürftige Familien gesammelt, und so kommt mit den "Freien Stunden" nicht nur Wissen und Unterhaltung, sondern auch reiche Unterstützung zu den Lesern des Blattes.

Für die Frauen ist Verena Conzett ein leuchtendes Vorbild. Sie hat gezeigt wie eine Frau ganz durch sich selbst ein Lebenswerk zu schaffen verstand, das ein Segen ist weit über die Grenzen ihrer Familie hinaus. Anna Blos.

Wir Toten draussen.

Sturmvogel fliegen durch unser Land;
Ihr breiter Schlag streicht über die Höhen,
Wo klirrendes Eisen sein Opfer fand.
Dort könnt ihr uns liegen sehen.

Noch sind wir nicht tot. Wir halten Wacht,
Wenn Stürme über die Felder jagen,
Die aus der Heimat versunkener Nacht
Zu uns eure Stimme tragen.

Ihr windet uns Kränze und dünkt euch gerecht;
Es stehn unsre Namen auf kalten Steinen...
Ihr seid ein verrathnes, verirrtes Geschlecht. -
Einst mussten wir Blut um euch weinen.

Wenn eure Frauen den Stahl verfluchen,
der unsern jungen Morgen zerbrach,
Wenn eure Männer die Fackeln suchen
Zum Weg in die Freiheit aus geistiger Schmach,
dann werden wir uns zu euch bekennen.
Dann sollt ihr uns wieder Brüder nennen!

O.F.Heinrich.

SPB. Der Weg der Nachwelt. Die Gattin Johann Sebastian Bachs, des Thomaskantors der reichen Stadt Leipzig, erhielt nach dem Tode ihres Mannes keine Witwenpension, sondern wurde aus Mitteln der öffentlichen Wohlfahrt unterhalten und starb in tiefstem Elend als "Almosenfrau".